

Wochenbericht

Künftige Altersrenten in Deutschland:

Seite 2

Relative Stabilität im Westen, starker Rückgang im Osten

Für einen großen Teil der Ostdeutschen, die ab Ende der 2020er in Rente gehen, wird die gesetzliche Rente nahe oder sogar unter der Grundsicherung von 600 Euro liegen. Hauptgrund für diese Entwicklung ist die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in Kombination mit der Absenkung des Rentenniveaus. Für Frauen in Westdeutschland ist dagegen sogar ein leichtes Plus zu erwarten

Von Johannes Geyer und Viktor Steiner

„Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland sorgt für sinkende Altersrenten“

Seite 3

Sieben Fragen an Johannes Geyer

Inter-ethnische Partnerschaften: Was sie auszeichnet – und was sie über erfolgreiche Integration aussagen

Seite 12

Inter-ethnische Partnerschaften sind ein Maßstab für erfolgreiche Integration. Wie viele inter-ethnische Partnerschaften gibt es in Deutschland, und welche Nationalitäten sind dabei besonders beteiligt? Welches Einkommen, welchen Bildungsstand haben Menschen in inter-ethnischen Partnerschaften und wie ist es um ihre Persönlichkeit bestellt?

Von Olga Nottmeyer

Wasser: Das neue, alte Mega-Thema?

Seite 24

Kommentar von Christian von Hirschhausen

Künftige Altersrenten in Deutschland: Relative Stabilität im Westen, starker Rückgang im Osten

Johannes Geyer
jgeyer@diw.de

Viktor Steiner
vsteiner@diw.de

Die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt in den letzten Jahrzehnten und die jüngsten Rentenreformen werden sich erheblich auf die Rentenansprüche künftiger Rentnergenerationen auswirken. Dies zeigt eine aktuelle Studie des DIW Berlin im Auftrag der Deutschen Rentenversicherung. Während die Entwicklung in Westdeutschland auch künftig durch ein relativ stabiles durchschnittliches Rentenniveau der Männer und einen Anstieg der Rentenanwartschaften bei den Frauen gekennzeichnet ist, muss in Ostdeutschland sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern mit einem deutlichen Rückgang der durchschnittlichen Rentenansprüche der jüngeren Geburtskohorten gegenüber dem bisherigen Rentenniveau gerechnet werden. Dies ist vor allem auf die hohe Arbeitslosigkeit nach der Wende und damit einhergehende unvollständige Erwerbsbiografien sowie auf geringe Löhne im Osten zurückzuführen.

In geringerem Umfang wirken sich auch die Reformen zur Stabilisierung der Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung aus. Schreibt man diese Entwicklungen fort, so sinkt der durchschnittliche Rentenzahlbetrag der jüngeren ostdeutschen Geburtskohorten unter das durchschnittliche Niveau der Grundsicherung im Alter. Sollte sich der Arbeitsmarkt indes günstiger als hier in einem Basisszenario angenommen entwickeln, wird dieser negative Trend zwar nicht aufgehoben, aber deutlich abgeschwächt.

Die Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland ist seit Jahrzehnten zum einen durch eine zunehmende Flexibilisierung der Beschäftigung gekennzeichnet. Dafür steht die zunehmende Verbreitung von Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse. Zum anderen zeigt sich ein hohes Maß an Unterbeschäftigung, die in den letzten Jahren nur wenig zurückgegangen ist. Insbesondere in Ostdeutschland sind die Langzeitarbeitslosigkeit und der häufige Wechsel von der Beschäftigung in die Arbeitslosigkeit und von dort wieder in die Erwerbstätigkeit oder in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen seit der Wiedervereinigung stark ausgeprägt gewesen. Mit Blick auf die Rentenansprüche sind davon besonders jene Alterskohorten betroffen, die erst in den kommenden Jahren in den Ruhestand wechseln werden. In den alten Bundesländern war dagegen die Entwicklung deutlich günstiger. Zwar wirkt sich auch hier der Trend zur Teilzeitarbeit aus, doch ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse auf lange Sicht – abgesehen von konjunkturellen Schwankungen – recht stabil geblieben.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit und die Zunahme unterbrochener Erwerbsbiografien schlagen unmittelbar auf das deutsche lohnzentrierte System der Alterssicherung durch. Beitragsausfälle und geringere Beitragsbemessungsgrundlagen wirken sich negativ auf die Finanzierung des Rentensystems und die Einkommenssicherung im Alter aus.

Sozialexperten befürchten deswegen, dass diese Arbeitsmarktentwicklungen in Verbindung mit der bereits beschlossenen langfristigen Senkung des Rentenniveaus zu einer Zunahme der Altersarmut und steigenden Sozialtransfers führen könnten.¹

¹ Vgl. zum Beispiel Rische, H.: Auswirkungen von Veränderungen in der Arbeitswelt auf die Alterssicherung. In: Schmähl, W., Rische, H.

Sieben Fragen an Johannes Geyer

„Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland sorgt für sinkende Altersrenten“



Johannes Geyer,
Wissenschaftlicher
Mitarbeiter in der
Abteilung Staat
am DIW Berlin

Herr Geyer, Sie haben die Entwicklung der Altersrenten in Deutschland untersucht. Wird es bei den Renten in Zukunft Einbußen geben?

Es gibt Gruppen, die in Zukunft wahrscheinlich Verluste in der Rente erleiden werden, aber auch Gruppen, die stabile Renten zu erwarten haben, und sogar Gruppen, bei denen die Rente steigt.

Wer wird Verluste erleiden, und wo wird die Altersrente stabil bleiben?

Vor allem in Ostdeutschland ist mit sinkenden Renten zu rechnen. In Gesamtdeutschland wird es in Zukunft vor allem für gering Qualifizierte sehr viel schwieriger, das bisherige Rentenniveau zu erreichen. Die einzige Gruppe, die ihre Rente auf einem niedrigen Niveau ausbauen kann, sind westdeutsche Frauen.

Wo liegen dafür die Ursachen?

Die Ursachen liegen vor allem in der steigenden Arbeitslosigkeit und der schlechten Arbeitsmarktentwicklung in Ostdeutschland, die wir für unsere Berechnung als Grundlage genommen haben.

Diese schlechte Ausgangssituation schlägt sich heute schon in den Erwerbsbiografien nieder. Da die Rente eine Bilanz des gesamten Erwerbslebens darstellt, sind jetzt 20 Jahre vergangen, in denen sich die schlechte Arbeitsmarktsituation in unterdurchschnittlichen Rentenansprüchen niederschlägt.

Warum ist die Situation bei Frauen in Westdeutschland besser?

Wir beobachten hier eine Zunahme der Erwerbsbeteiligung, wenn auch auf niedrigem Niveau. Insbesondere die Teilzeitbeschäftigung hat zugenommen. Damit sammelt man natürlich auch unterdurchschnittliche Rentenansprüche. Dennoch ist das eine relative Verbesserung zu früheren Zeiten, als Frauen vielfach nicht erwerbstätig waren.

Wie hoch werden die zu erwartenden Renteneinbußen ausfallen?

Die älteren ostdeutschen Jahrgänge können heute im Mittel noch 900 bis 1 000 Euro Ren-

te erwarten. Für die jüngeren Jahrgänge, die zwischen 1962 und 1971 geboren wurden, erwarten wir Renten, die mit rund 600 Euro im Bereich der Grundsicherung liegen. Bei den Frauen steigen die Renten bis zu den Jahrgängen 1947–1951 an. Bei den darauf folgenden Jahrgängen fallen die Renten von einem Niveau von rund 800 Euro bis unter 500 Euro bei den jüngsten Jahrgängen.

Wie werden sich die Altersrenten in Zukunft entwickeln, wenn sich die Situation am Arbeitsmarkt verbessert?

In einem Alternativszenario haben wir eine günstigere Entwicklung des Arbeitsmarktes angenommen. Eine solche Entwicklung hätte enorme Auswirkung auf die zu erwartenden Renten. Allerdings kann das den negativen Trend nicht

stoppen. Bei den Männern der jüngeren Jahrgänge steigen die durchschnittlich zu erwartenden Renten unter dieser positiven Grundannahme von 600 auf 700 Euro. Bei den Frauen sind es

700 Euro im zweitjüngsten und knapp 600 Euro im jüngsten Jahrgang. Wir sprechen hier über die Menschen, die nach 2020 in Rente gehen. Bis dahin sind es zwar noch mehr als zehn Jahre, es ist aber sehr schwer, die bisherigen Einbußen in dieser Zeit wieder wettzumachen.

Welche Auswirkungen haben die Rentenreformen der letzten Jahre?

Die Auswirkungen der Rentenreformen werden sich erst in der Zukunft richtig bemerkbar machen, weil sie dafür sorgen, dass die Rente im Verhältnis zu den Löhnen in geringerem Maße wächst. Dieser Effekt macht für die jüngsten Jahrgänge, die wir beobachtet haben, bereits 14 Prozent aus. Eine gegenläufige Maßnahme war die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, also die Rente mit 67. Damit kann man diese Rentenabsenkung zwar etwas kompensieren, wir kommen für diese Gruppe aber noch immer auf eine Nettoeinbuße von rund zehn Prozent.

» Auch eine bessere Arbeitsmarktsituation kann den negativen Trend nicht stoppen. «

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.
Das vollständige
Interview zum Anhören
finden Sie auf
www.diw.de/interview

So haben wir gerechnet: Fortschreibung der Erwerbsbiografien und Simulation der zukünftigen Rentenansprüche

Die Fortschreibung der Erwerbsbiografien über den Lebenszyklus und die Berechnung individueller Rentenansprüche bei Renteneintritt basiert auf einem Mikrosimulationsmodell und einem integrierten Mikrodatensatz, der die Daten des Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) des DIW Berlin und des *Scientific-Use-File* der Versicherungsstichprobe 2005 (SUFVSKT2005) der Deutschen Rentenversicherung mittels der Methode des *statistischen Matching* zusammenführt.

Dadurch können Informationen zu den in den Rentenversicherungsdaten im Basisjahr 2005 erfassten Rentenanwartschaften in das SOEP integriert (*imputiert*) werden. In die Analyse einbezogen werden die Geburtskohorten 1937 bis 1971. Im Basisjahr der Simulation ist die älteste Kohorte schon in Rente und die jüngste gerade 34 Jahre alt. Dabei nehmen wir an, dass zu diesem Alter die Ausbildung abgeschlossen ist. Außerdem benötigen wir einige Beobachtungen zum Erwerbsverlauf, um Kohorteneffekte schätzen zu können. Die Simulation selbst beschränkt sich auf die Fortschreibung des zukünftigen individuellen Erwerbsverlaufs, der Erwerbseinkommen und der Rentenansprüche. Ereignisse wie Heirat, Geburt eines Kindes oder Tod werden durch die Methode der *statischen Alterung* abgebildet. Statistische Alterung bedeutet, dass anhand einer Bevölkerungs- und Haushaltsfortschreibung die Gewichtungsfaktoren der Beobachtungen entsprechend der demografischen Entwicklung angepasst werden.

Von zentraler Bedeutung für die Simulation der künftigen Erwerbsbiografien und individuellen Rentenansprüche ist die Identifikation von Kohorteneffekten in den Erwerbsbiografien. Individuelle Lohnunterschiede in einem bestimmten Kalenderjahr können sowohl auf das Alter als auch auf die Geburtskohorte zurückzuführen sein. Da Geburtskohorte, Alter und Kalenderjahr voneinander linear abhängig sind, können die Parameter dieser drei Variablen ohne weitere Annahmen nicht getrennt geschätzt (identifiziert) werden. Wir folgen hier dem Ansatz von Deaton und Paxson und nehmen an, dass

Periodeneffekte als zyklische Abweichungen von einem Trend (Konjunkturreffekte) modelliert werden können, die sich im Durchschnitt über die Zeit ausgleichen. Dies impliziert, dass ein Trend in den Daten den Kohorteneffekten zugeordnet wird.

Im hier verwendeten Mikrosimulationsmodell werden unter Berücksichtigung der geschätzten Kohorteneffekte die Erwerbsbiografien ab dem im Basisjahr 2005 erreichten Lebensalter einer bestimmten Person bis zum erwarteten individuellen Renteneintrittsalter fortgeschrieben. Die Erwerbsbiografien werden differenziert nach Vollzeit- und (bei den Frauen) Teilzeitbeschäftigung sowie Arbeitslosigkeit und (bei den Frauen) Nichterwerbstätigkeitszeiten. Das Rentenzugangsalter wird auf Basis von Daten der Rentenzugangstatistik 2006 geschätzt.

Auf Basis der simulierten Erwerbsbiografien und individuellen Löhne, die wiederum von den fortgeschriebenen Erwerbsbiografien abhängen, werden unter Berücksichtigung der Rentenformel die individuellen Entgeltpunkte im Lebensverlauf simuliert. Eine Anpassung der Regeln zur Berechnung der Renten in Ost- und Westdeutschland wird nicht simuliert. Bei der Berechnung der individuellen Renten werden die entsprechend dem erwarteten individuellen Rentenzugangsalter anfallenden Rentenabschläge berücksichtigt. Das Modell bildet in einfacher Form die Effekte der Heraufsetzung des gesetzlichen Rentenalters ab. Die Niveauabsenkung durch den Nachhaltigkeitsfaktor wird separat simuliert und bei der Fortschreibung des aktuellen Rentenwerts berücksichtigt. Das Ergebnis dieser Anpassungen ist dann die Bruttorente beziehungsweise – nach Abzug des Eigenanteils zur GKV und des Beitrags zur Pflegeversicherung – der Rentenzahlbetrag.¹

¹ Für eine detaillierte Darstellung der Datengrundlagen und Methode vgl. Geyer, J., Steiner, V.: Erwerbsbiografien und Alterseinkommen im demografischen Wandel – eine Mikrosimulationsstudie für Deutschland. Politikberatung kompakt Nr. 55/2010, DIW Berlin.

Zuletzt hat die von der Deutschen Rentenversicherung Bund und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Auftrag gegebene Studie

Altersvorsorge in Deutschland (AVID 2005) auf diese Zusammenhänge hingewiesen.²

(Hrsg.): Wandel der Arbeitswelt – Folgerungen für die Sozialpolitik. Baden-Baden 1999, 169–188; Faik, J., Roth, M., Ruland, F.: Nicht-normalarbeitsverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt und die Biografien Rentenversicherter. In: Becker, I. et al.: Soziale Sicherung in einer dynamischen Gesellschaft. Frankfurt am Main/New York 2001, 503–542; Himmelreicher, R., Frommert, D.: Gibt es Hinweise auf zunehmende Ungleichheit der Alterseinkünfte und zunehmende Altersarmut? Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 1/2006, DIW Berlin, 108–130.

² Zur AVID 2005 vgl. zum Beispiel Frommert, D., Ohsmann, S., Rehfeld, U.: Altersvorsorge in Deutschland 2005 (AVID 2005) – Die neue Studie im Überblick. Deutsche Rentenversicherung 63(1), 2008, 1–19; Nürnberger, I.: Was bekommen künftige Rentner. Neue AVID-Studie liefert wichtige Tendaussagen. Soziale Sicherheit 12/2007, 405–416. Kritisch zur AVID-Studie Hauser, R.: Altersarmut unterschätzt. Kritik an der Methode der aktuellen Studie AVID 2005. Soziale Sicherheit 12/2007, 416–419.

Erwerbsunterbrechungen und Arbeitslosigkeit beeinflussen die Rentenansprüche zum einen direkt über die Rentenversicherungszeiten. Sie haben indes auch langfristige Effekte auf die Entwicklung der Erwerbseinkommen im Lebenszyklus.³ Empirisch zeigt sich beispielsweise, dass in Ostdeutschland generell und bei den Männern auch in Westdeutschland jüngere Geburtskohorten zu einem bestimmten Alter deutlich weniger Jahre in einer Vollzeitbeschäftigung verbracht haben und wesentlich länger arbeitslos waren als ältere Geburtskohorten.⁴ Hinzu kommt ein längerer Verbleib im Ausbildungssystem. Diese sogenannten *Kohorteneffekte* können beispielsweise für Ostdeutschland damit erklärt werden, dass sich die Beschäftigungsmöglichkeiten nach der Wiedervereinigung abhängig vom Alter sehr unterschiedlich entwickelt haben. So hatte die Wiedervereinigung ganz andere Folgen für Menschen, die gerade am Beginn ihres Berufslebens standen als für diejenigen, die bereits einen Großteil ihres Berufslebens in der DDR hinter sich hatten.

Diese Kohorteneffekte haben wir in der hier vorgestellten Studie empirisch geschätzt und für die Fortschreibung künftiger Erwerbsbiografien genutzt. Als Datenbasis dafür diente das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) des DIW Berlin, ergänzt um Daten der Deutschen Rentenversicherung zu den bis zum Basisjahr 2005 geklärten Versicherungskonten (Kasten). Auf Grundlage der berechneten kumulierten Erwerbs- und Arbeitslosigkeitszeiten im Basisjahr und unter Berücksichtigung der geschätzten Kohorteneffekte wurden dabei die kumulierten Erwerbszeiten und die versicherungsrelevanten Nichterwerbszeiten bis zum erwarteten individuellen Renteneintritt fortgeschrieben. In Verbindung mit geschätzten Lohnprofilen konnten wir daraus die resultierenden individuellen Rentenansprüche ableiten.

Ungünstige Arbeitsmarktentwicklung bei den jüngeren Geburtskohorten vor allem in Ostdeutschland

Die in Tabelle 1 ausgewiesenen simulierten Erwerbsbiografien bis zum individuellen Ren-

³ Vgl. Licht, G. Steiner, V.: Individuelle Einkommensdynamik und Humankapitaleffekte von Erwerbsunterbrechungen; Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 209/3–4, 1992, 242–265; Beblo, M., Wolf, E.: Die Folgekosten von Erwerbsunterbrechungen. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 1/2002, DIW Berlin, 83–94; Wunder, C.: Arbeitslosigkeit und Alterssicherung – der Einfluss früherer Arbeitslosigkeit auf die Höhe der gesetzlichen Altersrente, Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung 4/2005, 2005, 493–509.

⁴ Der vorliegende Beitrag fasst die wichtigsten Ergebnisse einer vom Forschungsnetzwerk Alterssicherung (FNA) der Deutschen Rentenversicherung finanziell geförderten Studie zusammen, vgl. Geyer, J., Steiner, V.: Erwerbsbiografien und Alterseinkommen im demografischen Wandel – eine Mikrosimulationsstudie für Deutschland. Politikberatung kompakt Nr. 55/2010, DIW Berlin, hier Kapitel 4.1.

Wichtige Begriffe im Überblick

Bruttorente	Rente vor Abzug von Steuern und Abgaben.
Rentenzahlbetrag	Die Bruttorente nach Abzug des Eigenanteils zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung.
Rentenniveau	Bezeichnet das Verhältnis des individuellen Rentenzahlbetrags zum durchschnittlichen Bruttoentgelt aller Beschäftigten.
Standardrentenniveau	Bezeichnet das Verhältnis zwischen einer Standardrente auf der Grundlage von 45 Versicherungsjahren als Durchschnittsverdiener und dem Durchschnittseinkommen der Erwerbstätigen desselben Jahres.

teneintritt spiegeln zum einen die geschätzten Kohorteneffekte wider, zum anderen zeigen sie die strukturellen Unterschiede zwischen den Kohorten – etwa im Bildungsniveau.

In Westdeutschland sinkt bei den Männern die *kumulierte Vollzeittätigkeit* in der jüngsten Geburtskohorte gegenüber der ältesten um ungefähr drei Jahre. Diese Entwicklung verläuft bei allen Bildungsgruppen ähnlich. Hingegen steigt die *Arbeitslosigkeit* in den jüngeren Geburtskohorten mit geringer Bildung auf mehr als sieben Jahre, verglichen mit drei Jahren bei Personen mit mittlerer Bildung und zwei Jahren bei Personen mit höherer Bildung.

Bei den westdeutschen Frauen mit geringer Bildung sinkt die *kumulierte Vollzeittätigkeit* in den jüngeren Kohorten, während diese in den Gruppen mit mittlerer oder höherer Bildung zunimmt. Auch nimmt die Dauer der *Arbeitslosigkeit* in den jüngeren Kohorten bei den westdeutschen Frauen mit geringer Bildung deutlich stärker zu als bei den Gruppen mit mittlerer oder höherer Bildung.

In Ostdeutschland weisen die Simulationsergebnisse auf einen dramatischen Anstieg der kumulierten *Arbeitslosigkeit* sowie auf einen Rückgang der *Vollzeittätigkeit* in den jüngeren Geburtskohorten hin. Von dieser Entwicklung sind auch Frauen und Männer mit höherer Bildung betroffen – wenn auch in schwächerem Ausmaß. In der jüngsten Kohorte ostdeutscher Männer mit geringer oder mittlerer Bildung steigt die kumulierte *Arbeitslosigkeit* auf mehr als neun Jahre, in der Gruppe mit höherer Bildung auf mehr als fünf Jahre. Bei den ostdeutschen Frauen mit geringer

Tabelle 1

Simulierte kumulierte Biografiezeiten¹ bis zum Renteneintritt nach Geburtskohorten

In Jahren

Geburtsjahrgänge	Westdeutschland						Ostdeutschland			
	Vollzeittätigkeit			Arbeitslosigkeit			Vollzeittätigkeit		Arbeitslosigkeit	
	Geringe	Mittlere	Höhere	Geringe	Mittlere	Höhere	Geringe und mittlere	Höhere	Geringe und mittlere	Höhere
	Bildung			Bildung			Bildung		Bildung	
Männer										
1937–41	39,1	40,9	35,2	3,7	1,7	0,8	40,4	37,2	2,3	1,4
1942–46	38,6	39,4	34,3	4,0	2,1	1,3	39,4	36,5	3,6	2,1
1947–51	36,4	38,9	33,6	4,6	2,6	1,5	38,7	34,5	4,6	2,9
1952–56	37,4	39,0	33,4	5,4	2,7	1,8	37,9	33,7	6,1	3,0
1957–61	36,4	37,4	32,8	6,6	3,2	2,2	36,2	33,2	7,9	3,9
1962–66	35,3	36,4	33,7	8,2	3,1	2,0	36,1	32,3	8,0	4,1
1967–71	36,5	37,6	32,2	7,2	3,4	2,0	35,7	31,3	9,4	5,2
Durchschnitt	37,3	38,9	33,5	5,2	2,6	1,7	37,6	34,3	6,2	3,1
Frauen										
1937–41	15,5	15,5	17,4	1,0	0,7	0,5	30,6	34,8	3,1	1,8
1942–46	14,9	16,5	18,7	1,2	0,9	0,7	31,2	32,9	5,4	3,0
1947–51	16,0	17,0	19,7	1,7	0,9	1,0	30,5	33,1	6,9	3,8
1952–56	16,1	16,5	19,1	2,2	1,1	1,4	29,1	32,4	8,9	4,4
1957–61	15,5	16,2	18,7	2,6	1,2	1,3	28,4	31,5	9,9	4,8
1962–66	14,5	16,0	19,1	2,9	1,5	1,3	26,3	28,8	11,5	6,4
1967–71	14,0	16,6	19,8	3,2	1,1	1,0	24,0	26,6	13,3	7,0
Durchschnitt	15,2	16,4	19,1	2,1	1,1	1,1	28,4	31,3	8,9	4,7

¹ Ohne Berücksichtigung der Heraussetzung des Rentenalters auf 67 Jahre.

Quelle: Geyer, J., Steiner, V: Erwerbsbiografien und Alterseinkommen im demografischen Wandel – eine Mikrosimulationsstudie für Deutschland. Politikberatung kompakt Nr. 55/2010, DIW Berlin, Kapitel 4.3.

DIW Berlin 2010

Die Zeiten in Vollzeittätigkeit werden immer kürzer, in Arbeitslosigkeit immer länger, je jünger die Geburtskohorten sind. Je länger im Laufe eines Erwerbslebens die Zeiten von Arbeitslosigkeit sind, desto geringer fallen die Rentenzahlungen aus.

oder mittlerer Bildung sinkt die kumulierte Dauer der *Vollzeittätigkeit* von über 30 Jahren in der ältesten auf 24 Jahre in der jüngsten Kohorte, in der Gruppe mit höherer Bildung von ungefähr 35 Jahren auf weniger als 27 Jahre. Die kumulierte Dauer der Arbeitslosigkeit ostdeutscher Frauen in der jüngsten Kohorte erhöht sich bei der Gruppe mit geringer oder mittlerer Bildung drastisch auf 13 Jahre, bei der Gruppe mit höherer Bildung auf immerhin sieben Jahre.

Auswirkungen der Rentenreformen

Unterschiede in den Rentenansprüchen zwischen den Geburtskohorten ergeben sich nicht nur aus der unterschiedlichen Entwicklung der Erwerbsbiografien, sondern auch durch die Effekte der Rentenreformen der letzten Jahre. Diese betreffen die Absenkung des Rentenniveaus durch den in die Rentenberechnung eingebauten *Nachhaltigkeitsfaktor* und die Rente mit 67 Jahren. Um die Auswirkungen dieser Rentenreformen auf die zukünftigen durchschnittlichen Rentenanwartschaften in den einzelnen Kohorten abzuschätzen, wurden diese für die folgenden Szenarien berechnet:

- *Szenario I*: ohne Anhebung der gesetzlichen Altersgrenze auf 67 Jahre und ohne Rentenabsenkung
- *Szenario II*: ohne Anhebung der Altersgrenze und mit Rentenabsenkung
- *Szenario III*: mit Anhebung der Altersgrenze auf 67 Jahre und ohne Rentenabsenkung
- *Szenario IV (Basisszenario)*: mit Anhebung der Altersgrenze auf 67 Jahre und mit Rentenabsenkung.

In Tabelle 2 sind die Simulationsergebnisse für die Männer in Westdeutschland exemplarisch ausgewiesen. Da sich deren Erwerbsbiografien zwischen den Kohorten relativ stabil entwickeln, lassen sich anhand dieser Gruppe die Auswirkungen der Rentenreformen in den verschiedenen Szenarien gut ablesen. Die individuellen Rentenansprüche werden durch den Rentenzahlbetrag abgebildet. Dieser entspricht der Bruttorente zum Zeitpunkt des Rentenzugangs abzüglich der hier als in der Zeit konstant angenommenen Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung. Um die individuellen Rentenzahlbeträge zwischen den Kohorten vergleichen zu können, haben wir diese mit der Wachstumsrate der Löhne auf das

Jahr 2005 diskontiert. Dabei wurde eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Löhne von knapp 1,6 Prozent angenommen. Der aktuelle Rentenwert wächst wegen des Nachhaltigkeitsfaktors mit einer etwas geringeren Rate von durchschnittlich 1,2 Prozent (Tabelle 3). Das effektive Rentenzugangsalter wird als variabel angenommen, die entsprechenden Zu- oder Abschläge werden bei der Simulation des individuellen Rentenzahlbetrags berücksichtigt.

Im *Szenario I* – ohne Rentenanpassung und ohne Erhöhung des gesetzlichen Rentenzugangsalters – entwickelt sich der durchschnittliche Rentenzahlbetrag westdeutscher Männer relativ stabil. *Szenario II* zeigt, dass allein aufgrund der Rentenabsenkung alle jüngeren Kohorten unter den Zahlbetrag der ältesten Kohorte fallen. Insgesamt sinkt der Rentenzahlbetrag unter der Annahme einer konstanten Altersgrenze von 65 Jahren um acht Prozent, die prozentuelle Rentenabsenkung steigt von zwei Prozent kontinuierlich auf 14 Prozent in der jüngsten Kohorte. Dieser Effekt kann, wie *Szenario IV* zeigt, teilweise durch ein höheres Rentenzugangsalter kompensiert werden. Im Durchschnitt über alle Kohorten sinkt der Rentenzahlbetrag um rund fünf Prozent. Da die schrittweise Erhöhung des abschlagsfreien gesetzlichen Rentenzugangsalters erst im Jahr 2029 abgeschlossen ist, ist dieser Effekt bei den jüngsten Geburtskohorten am stärksten ausgeprägt: Der Unterschied in den beiden jüngsten Kohorten beträgt etwa vier Prozentpunkte.

Zukünftige Entwicklung der Alterseinkünfte

Im Folgenden präsentieren wir Simulationsergebnisse zur Entwicklung der Alterseinkünfte auf Basis der bis zum erwarteten individuellen Renteneintritt fortgeschriebenen Erwerbsbiografien und der aktuellen rentenrechtlichen Regelungen (Basisszenario).⁵ Neben dem Rentenzahlbetrag weisen wir hier auch das Rentenniveau bezogen auf das rentenrelevante durchschnittliche Bruttoentgelt im Basisjahr 2005 aus.⁶ Dabei differenzieren wir zwischen Ost- und Westdeutschland (2 433 Euro in Westdeutschland, 2 057 Euro in Ostdeutschland), um regionale Unterschiede bei den Löhnen der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer zu berücksichtigen.

⁵ Sehr niedrige Renten aufgrund geringer Beitragszeiten von (ehemaligen) Beamten und Selbständigen werden dabei nicht berücksichtigt.
⁶ Die hier verwendete Definition des Rentenniveaus unterscheidet sich von der in der Praxis gebräuchlichen, die sich meist auf einen hypothetischen Rentner mit 45 Versicherungsjahren und durchschnittlichem Einkommen in jedem Jahr bezieht.

Tabelle 2

Rentenzahlbeträge für westdeutsche Männer durch Rentenreform nach Geburtskohorten

Geburtsjahrgänge	Altersgrenze 65 Jahre		Altersgrenze 67 Jahre		Altersgrenze 65 Jahre	Altersgrenze 67 Jahre	
	ohne	mit	ohne	mit ¹	mit	ohne	mit
	Rentenabsenkung				Rentenabsenkung		
	In Euro monatlich				Gegenüber Altersgrenze 65 Jahre ohne Rentenabsenkung in Prozent		
1937–1941	1 141	1 139	1 141	1 140	-0,2	0,0	-0,1
1942–1946	1 126	1 099	1 131	1 104	-2,4	0,4	-2,0
1947–1951	1 178	1 111	1 192	1 124	-5,7	1,2	-4,6
1952–1956	1 251	1 155	1 288	1 189	-7,7	3,0	-5,0
1957–1961	1 170	1 051	1 215	1 091	-10,2	3,8	-6,8
1962–1966	1 208	1 054	1 264	1 102	-12,7	4,6	-8,8
1967–1971	1 210	1 039	1 269	1 090	-14,1	4,9	-9,9
Insgesamt	1 184	1 094	1 214	1 121	-7,6	2,5	-5,3

¹ Basisszenario.

Quelle: Geyer, J., Steiner, V: Erwerbsbiografien und Alterseinkommen im demografischen Wandel – eine Mikrosimulationsstudie für Deutschland. Politikberatung kompakt Nr. 55/2010, DIW Berlin, Kapitel 5.1.

DIW Berlin 2010

Die Erhöhung des Renteneintrittsalters dämpft die Rentenabsenkung infolge der Rentenreform nur leicht.

Tabelle 3

Annahmen zur Fortschreibung des aktuellen Rentenwerts

	2005	2010	2020	2030	2040
Veränderung gegenüber 2005 in Prozent					
Löhne	0	8,3	26,9	48,7	74,3
Rentenwert	0	6,5	21,6	33,4	53
In Euro monatlich					
Rentenwert West	26,1	26,9	30,2	33,4	38,7
Rentenwert Ost	23,0	23,6	26,6	29,4	34
Index Löhne 2005 = 100					
Löhne	100	108,3	126,9	148,7	174,3
Renten	46,4	49,4	56,4	61,9	71,0
Standardrentenniveau	46,4	45,6	44,5	41,6	40,7

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

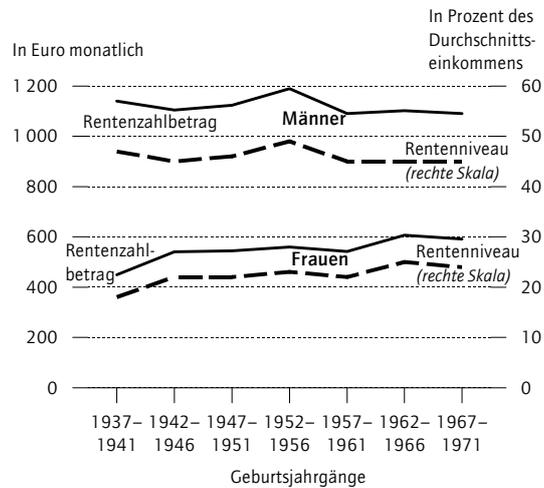
Hier wird angenommen, dass die Löhne um 1,6 Prozent und die Renten um 1,2 Prozent jährlich steigen.

Renten in Westdeutschland relativ stabil

Für westdeutsche Männer zeigt sich in den jüngeren Kohorten ein nur leichter Rückgang des Rentenzahlbetrags; das durchschnittliche Rentenniveau dieser Gruppe bleibt bei rund 45 Prozent des durchschnittlichen Erwerbseinkommens (Abbildung 1). Diskontiert auf das Basisjahr 2005, erreicht die Kohorte der 1967 bis 1971 Geborenen mit 1 090 Euro noch immer durchschnittlich gut 90 Prozent des Rentenzahlbetrags der ältesten hier betrachteten Kohorte der von 1937 bis 1941 Geborenen. Dieser Rückgang um zehn Prozentpunkte entspricht ungefähr dem Effekt der Ren-

Abbildung 1

Rentenzahlbetrag und Rentenniveau in Westdeutschland¹



¹ Basisszenario.

Quelle: Geyer, J., Steiner, V: Erwerbsbiografien und Alterseinkommen im demografischen Wandel – eine Mikrosimulationsstudie für Deutschland. Politikberatung kompakt Nr. 55/2010, DIW Berlin, Kapitel 5.2.1.1. **DIW Berlin 2010**

Im Westen ist mit relativ stabilen Rentenzahlungen, für Frauen sogar ein leichtes Plus zu erwarten.

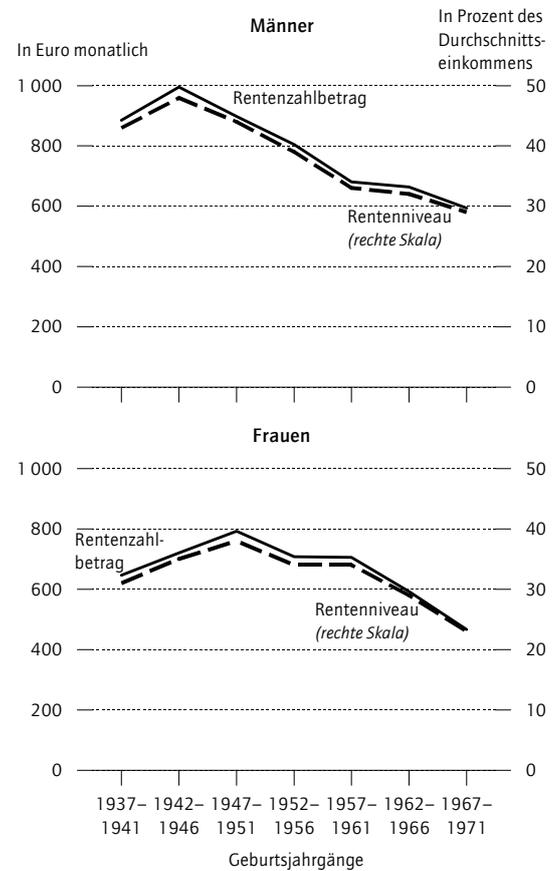
tenabsenkung kombiniert mit einem späteren Renteneintritt. Für westdeutsche Männer mit geringer Bildung liegt der Rückgang des Rentenzahlbetrags aufgrund des oben dokumentierten deutlichen Anstiegs der Arbeitslosigkeit und des Rückgangs sozialversicherungspflichtiger Vollzeitätigkeit im Lebenszyklus noch über diesem Wert.⁷ Dies wird im Mittel dadurch kompensiert, dass die jüngeren Kohorten im Durchschnitt eine höhere Bildung als die älteren Kohorten aufweisen und länger arbeiten.

Die Zunahme der Erwerbsbeteiligung und die gleichzeitige Verringerung von Zeiten der Nichterwerbstätigkeit führen dazu, dass jüngere Kohorten westdeutscher Frauen trotz der Absenkung des aktuellen Rentenwerts höhere Renten erzielen als die älteren Kohorten. Die jüngste Kohorte erreicht mit rund 590 Euro gut 130 Prozent des Rentenzahlbetrags der ältesten Kohorte, das Rentenniveau bezogen auf den westdeutschen Durchschnittslohn steigt von 18 Prozent in der ältesten auf 24 Prozent in der jüngsten Kohorte. Die Entwicklung wird zudem verstärkt durch die bessere Qualifikation jüngerer Kohorten. Allerdings ist der durchschnittliche Rentenzahlbetrag trotz dieses positiven Trends auch in den jüngeren Kohorten relativ niedrig. Im Durchschnitt über

⁷ Geyer, J., Steiner, V., a. a. O., Kapitel 5.2.1.3.

Abbildung 2

Rentenzahlbetrag und Rentenniveau in Ostdeutschland¹



¹ Basisszenario.

Quelle: Geyer, J., Steiner, V: Erwerbsbiografien und Alterseinkommen im demografischen Wandel – eine Mikrosimulationsstudie für Deutschland. Politikberatung kompakt Nr. 55/2010, DIW Berlin, Kapitel 5.2.1.1. **DIW Berlin 2010**

In Ostdeutschland wird die Rente für viele nahe oder sogar unter der Grundsicherung liegen.

alle Kohorten beziehen westdeutsche Frauen die geringsten Renten.

Starker Rückgang der Renten in Ostdeutschland

Wie Abbildung 2 zeigt, gehen die Rentenanwartschaften ostdeutscher Männern beginnend mit der Kohorte der von 1947 bis 1951 Geborenen kontinuierlich zurück. Während die älteste Kohorte einen Rentenzahlbetrag von knapp 890 Euro erhält – knapp 80 Prozent des Werts für westdeutsche Männer dieser Geburtskohorte –, fällt dieser Betrag über die Alterskohorten kontinuierlich bis auf einen Wert von knapp 600 Euro (67 Prozent) in der jüngsten Kohorte. Das Rentenniveau, bezogen auf den ostdeutschen Durchschnittslohn, sinkt von über 40 Prozent

in den älteren Kohorten auf knapp 30 Prozent in den jüngeren Kohorten.

Auch die Renten ostdeutscher Frauen gehen in den jüngeren Kohorten stark zurück. Verglichen mit der ältesten Geburtskohorte ostdeutscher Frauen beträgt der Rentenzahlbetrag der jüngsten Kohorte nur mehr 72 Prozent. Ungefähr elf Prozentpunkte der Differenz beim Rentenzahlbetrag zwischen diesen beiden Kohorten entfallen auf die Rentenanpassung. Die verbleibende Differenz im Rentenzahlbetrag von 17 Prozent ist auf die höhere Unterbeschäftigung und geringere Löhne in der jüngsten Kohorte zurückzuführen. Für diese entspricht das Rentenniveau nur mehr dem niedrigen Niveau der westdeutschen Frauen.

Allerdings verläuft die Entwicklung bei den ostdeutschen Frauen im Gegensatz zu den Männern nicht kontinuierlich negativ. Die jüngeren Kohorten, die nach der Wiedervereinigung oder kurz zuvor in das Erwerbsleben eintraten, waren besonders stark durch die dramatische Zunahme der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland betroffen, sogar noch stärker als die Männer. Im Unterschied dazu steigt das Rentenniveau bei den älteren weiblichen Kohorten sogar. Dieser Unterschied zu den Männern lässt sich unter anderem dadurch erklären, dass Frauen stärker im Dienstleistungssektor tätig sind und dieser weniger stark vom Arbeitsplatzabbau durch die Umstrukturierung der Wirtschaft betroffen war als beispielsweise das produzierende Gewerbe. Zudem konnten Frauen durch eine hohe Beschäftigungsquote im öffentlichen Sektor oft verhindern, dass die in der DDR gesammelte Berufserfahrung nach der Wiedervereinigung entwertet wurde.

Bei vielen Frauen wird die Rente unter der Grundsicherung liegen

Dem niedrigen durchschnittlichen Rentenzahlbetrag westdeutscher Frauen entspricht ein hoher Anteil (über alle Kohorten 58 Prozent) monatlicher Rentenzahlbeträge von unter 600 Euro. Dieser Schwellenwert ist deshalb von sozialpolitischer Bedeutung, weil er noch knapp unterhalb der durchschnittlichen Grenze der Grundsicherung im Alter liegt, wenn keine anderen Einkommen im Haushalt vorhanden sind. Insgesamt erreichen weniger als die Hälfte der Frauen der jüngeren Kohorten in Westdeutschland eine Rente von mehr als 600 Euro.

Für Frauen in den neuen Ländern führt die negative Entwicklung der Renten der beiden jüngsten Kohorten zu einer starken Zunahme von Zahl-

beträgen zwischen 300 und 600 Euro, ihr Anteil steigt um 22 Prozentpunkte auf rund 46 Prozent. Während der Anteil geringer Renten unter 600 Euro bei den Männern in Westdeutschland auch in den jüngsten Kohorten verschwindend gering bleibt, wächst dieser Anteil bei den ostdeutschen Männern sogar noch stärker als bei den Frauen und erreicht in den jüngeren Kohorten knapp ein Drittel aller Altersrenten.

Ostdeutsche können nicht auf die Rente des Partners setzen

Sehr geringe eigene Renten gehen oft mit einem deutlich höheren Rentenanspruch des Partners einher. Betrachtet man die durchschnittlichen Rentenzahlbeträge der Haushaltsmitglieder, ergibt sich für Westdeutschland ein relativ stabiler Rentenzahlbetrag von durchschnittlich knapp 850 Euro pro Person.⁸ Da ein leichter Rückgang der Rentenzahlbeträge bei den Männern in den jüngeren Kohorten durch den Anstieg bei den Frauen kompensiert wird, spiegelt die Entwicklung auf der Haushaltsebene die oben auf der individuellen Ebene dargestellte Entwicklung wider.

Eine davon deutlich abweichende Entwicklung zeigt sich indes bei den Paarhaushalten in Ostdeutschland. Bis zur Kohorte der 1947 bis 1951 Geborenen erreichen diese Haushalte ungefähr das durchschnittliche Pro-Kopf-Rentenniveau westdeutscher Haushalte. Die relativ hohen und für diese Kohorten noch stabilen Renten ostdeutscher Frauen können den Rückgang bei den Männern ausgleichen. Beginnend mit der Kohorte der von 1952 bis 1956 Geborenen allerdings kommt es zu einem starken Rückgang der durchschnittlichen Pro-Kopf-Rente ostdeutscher Paarhaushalte. Da in den jüngsten Kohorten die individuellen Renten in Ostdeutschland auch bei den Frauen einbrechen, fällt die durchschnittliche Pro-Kopf-Rente ostdeutscher Paarhaushalte auf das Niveau der Grundsicherung im Alter.

Günstigere Arbeitsmarktentwicklung könnte dramatischen Rentenrückgang in Ostdeutschland dämpfen

Die oben insbesondere für die jüngeren ostdeutschen Geburtskohorten beschriebene dramatische Entwicklung basiert auf den bis zum individuellen Renteneintritt fortgeschriebenen Erwerbsbiografien, die durch die geschätzten Kohorteneffekte wesentlich von der ungünstigen ostdeutschen Arbeitsmarktentwicklung seit der Wiedervereinigung bestimmt werden. Die Simu-

⁸ Geyer, J., Steiner, V., a. a. O., Kapitel 5.2.2.

lation der zukünftigen Erwerbsbiografien basiert daher auf einem Szenario, bei dem die negative Arbeitsmarktentwicklung in Ostdeutschland sich auch in der ferneren Zukunft nicht grundlegend verbessert. Um jedoch die große Unsicherheit bei der Fortschreibung der Erwerbsbiografien insbesondere bei den jüngsten Kohorten zu berücksichtigen, haben wir auch ein Szenario *positive Arbeitsmarktentwicklung Ostdeutschland* analysiert.

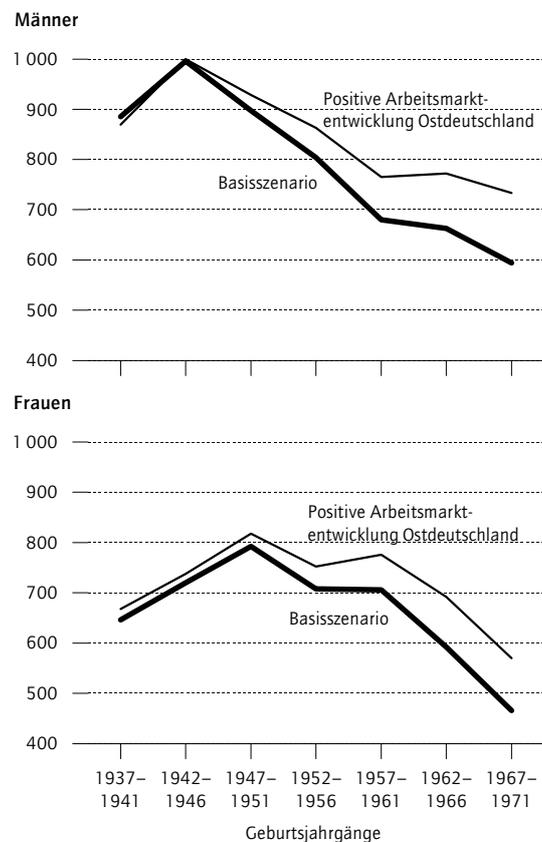
Im Vergleich zum Basisszenario liegt bei diesem optimistischen Szenario der Rentenzahlbetrag im Durchschnitt über alle Kohorten bei den Männern um knapp acht Prozent und bei den Frauen um 9,5 Prozent höher. Die negative Entwicklung der Renten bei den jüngeren Geburtskohorten in Ostdeutschland wird zwar nicht umgekehrt,

aber deutlich abgemildert (Abbildung 3). Der Rückgang des Rentenzahlbetrags in der jüngsten Kohorte der Männer wäre um elf Prozent geringer als im Basisszenario, bei den Frauen beträgt der Unterschied zehn Prozent. Allerdings bleibt bei den ostdeutschen Männern der jüngsten Geburtskohorte der Rentenzahlbetrag auch bei der angenommenen positiven Arbeitsmarktentwicklung mit rund 730 Euro deutlich hinter dem Wert von knapp 1 100 Euro zurück, den westdeutsche Männer dieser Alterskohorte erwarten können.

Die Verteilung der Rentenzahlbeträge nach Einkommensklassen zeigt im Falle einer günstigeren Arbeitsmarktentwicklung einen im Vergleich zum Basisszenario starken Rückgang des Anteils geringer Renten. Im Durchschnitt über alle Geburtskohorten sinkt der Anteil von Rentenzahlbeträgen zwischen 300 und 600 Euro um rund elf Prozentpunkte. Dabei entfällt dieser Rückgang ganz überwiegend auf die jüngeren Kohorten: Bei diesen sinkt der Anteil geringer Renten um gut 19 Prozentpunkte bei den Männern und um 16 Prozentpunkte bei den Frauen.

Abbildung 3

Rentenzahlbetrag im Szenario *positive Arbeitsmarktentwicklung Ostdeutschland*
In Euro monatlich



Quelle: Geyer, J., Steiner, V: Erwerbsbiografien und Alterseinkommen im demografischen Wandel – eine Mikrosimulationsstudie für Deutschland. Politikberatung kompakt Nr. 55/2010, DIW Berlin, Kapitel 5.2.3. **DIW** Berlin 2010

Eine positive Arbeitsmarktentwicklung würde den Rückgang der Rentenzahlungen in Ostdeutschland dämpfen.

Fazit

Sowohl die Arbeitsmarktentwicklungen seit der Wiedervereinigung als auch die jüngsten Rentenreformen haben erhebliche Auswirkungen auf die zukünftigen Alterseinkünfte aus der Gesetzlichen Rentenversicherung. Während in Westdeutschland ein relativ stabiles Rentenniveau zu erwarten ist, muss in Ostdeutschland sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern mit einem dramatischen Rückgang der durchschnittlichen Rentenansprüche in den jüngeren Geburtskohorten gerechnet werden. Es zeigt sich allerdings in beiden Landesteilen, dass insbesondere gering qualifizierte Personen in Zukunft niedrige Renten erwarten müssen. Die negative Entwicklung in Ostdeutschland ist vor allem auf den dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung und den Rückgang der Vollzeit-erwerbstätigkeit zurückzuführen.

Dramatisch ist die Entwicklung vor allem in den jüngeren Kohorten. Der durchschnittliche Rentenzahlbetrag fällt in der jüngsten Kohorte unter das Niveau der Grundsicherung im Alter. Während den häufig sehr geringen Rentenzahlbeträgen westdeutscher verheirateter Frauen meist ein deutlich höherer Rentenanspruch des Partners gegenübersteht, sinkt in Ostdeutschland in unserem Basisszenario die Durchschnittsrente auch auf der Haushaltsebene in den jüngeren Kohorten unter das Niveau der Grundsicherung.

Die Entwicklung der Alterseinkünfte in Ostdeutschland wird in unserem Basisszenario wesentlich durch die Annahme bestimmt, dass sich die ungünstige Arbeitsmarktentwicklung seit der Wiedervereinigung auch in der Zukunft fortsetzen wird. Im Szenario *positive Arbeitsmarktentwicklung Ostdeutschland* gehen wir dagegen davon aus, dass sich dieser negative Trend für die jüngeren Kohorten nicht weiter fortsetzt. Die Simulationsergebnisse für dieses Alternativszenario zeigen, dass bei einer günstigeren Arbeitsmarktentwicklung die negative Entwicklung der Renten bei den jüngeren Geburtskohorten zwar nicht aufgehoben werden kann, aber doch deutlich abgeschwächt wird.

Da Alterseinkünfte aus der Gesetzlichen Rentenversicherung auch künftig für den ganz überwiegenden Teil der Rentner insbesondere in Ostdeutschland die *hauptsächliche* Einkommensquelle darstellen werden, wird deren starker Rückgang in den jüngeren Geburtskohorten die Einkommenssituation künftiger Rentner deutlich verschlechtern.

Einkünfte aus Vermögen werden dies kaum kompensieren können. So ist das durchschnittliche Vermögen in Ostdeutschland relativ gering, in den letzten Jahren sogar noch gesunken und insbesondere hinter der Entwicklung in Westdeutschland zurückgeblieben.⁹ Und natürlich ist das Vermögen insbesondere in derjenigen Al-

tersgruppe gering, die nach unseren Simulationen mit einem starken Rückgang ihrer eigenen gesetzlichen Rente rechnen müssen – also der jüngsten in die Analyse einbezogenen Kohorte. Allerdings kann gerade diese im Zyklus der Eigentumsübertragung über die Generationen hinweg in besonderem Maße mit Erbschaften rechnen. Zudem ist die staatlich geförderte private Altersvorsorge (Riester-Rente) mittlerweile in Ostdeutschland insbesondere in den jüngeren bis mittleren Altersgruppen relativ stark verbreitet.¹⁰ Weitere Risiken bestehen beispielsweise auch in der Entwicklung der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung.

Inwieweit diese weiteren Faktoren den Anstieg von Altersarmut unter zukünftigen Rentnern insbesondere in Ostdeutschland vermeiden oder sogar verstärken, lässt sich auf Basis der vorliegenden Forschungsergebnisse nicht genau beurteilen. Hier besteht weiterer und unmittelbarer Forschungsbedarf. Das höchste negative Risiko tragen jüngere Kohorten ab den Jahrgängen 1957 bis 1961 (Männer) beziehungsweise 1962 bis 1966 (Frauen) in Ostdeutschland. Das bedeutet aber, dass nach diesen Ergebnissen noch in den nächsten zehn Jahren kein dramatischer Rückgang der ostdeutschen Renten zu erwarten ist. Die lange Frist birgt dabei einerseits die Chance, Gegenstrategien zu entwickeln, aber auch die Gefahr, dass diesen Risiken politisch nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet wird.

⁹ Vgl. Ochmann, R., Steiner, V.: Vermögensstrukturen im Lebenszyklus – Immer noch große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 36/2009.

¹⁰ Vgl. Geyer, J., Steiner, V.: Zahl der Riester-Renten steigt sprunghaft – aber Geringverdiener halten sich noch zurück. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 32/2009.

JEL Classification:
H55, J26, J11

Keywords:
Old-age pension,
Lifetime employment,
Cohort effects

Inter-ethnische Partnerschaften: Was sie auszeichnet – und was sie über erfolgreiche Integration aussagen

Olga Nottmeyer
onottmeyer@diw.de

Partnerschaften zwischen Migranten und Einheimischen gelten gemeinhin als Ergebnis erfolgreicher sozialer Integration und möglicherweise treibende Kraft hinter ökonomischem Erfolg. So verfügen inter-ethnisch lebende Migrantinnen und Migranten über eine höhere Schulbildung, einen besseren beruflichen Status und durchschnittlich höhere Löhne als solche in intra-ethnischen Beziehungen.

Daten des Sozio-Oekonomischen Panels (SOEP) zeigen, dass sich vor allem Migrantinnen und Migranten in Beziehungen mit Einheimischen im Durchschnitt als besonders kommunikativ und offen einschätzen. Deutsche in inter-ethnischen Beziehungen unterscheiden sich hingegen diesbezüglich nicht von jenen in deutsch-deutschen Partnerschaften. Auch Risikobereitschaft und allgemeine Lebenszufriedenheit liegen bei den deutschen Partnern nicht über dem Durchschnitt. Migranten und Migrantinnen in inter-ethnischen Beziehungen sind dagegen nach eigener Aussage besonders risikofreudig und politisch interessiert. Sie sehen sich zudem seltener Diskriminierungen ausgesetzt als Migrantinnen und Migranten, die in intra-ethnischen Partnerschaften leben.

Ehen und eheähnliche Partnerschaften zwischen Migranten und Einheimischen gelten gemeinhin als Indikator für ein hohes Maß an sozialer Integration. Insbesondere traditionelle Einwanderungsländer wie die Vereinigten Staaten haben daher schon früh begonnen, Ehen zwischen Personen unterschiedlicher Ethnien zu analysieren.¹ Im Rahmen der politischen Debatte über eine erfolgreiche Integration von Migranten und Deutschlands Status als Einwanderungsland ist es wichtig, Zusammenhänge zwischen inter-ethnischen Partnerschaften und sozialer Integration auch für in Deutschland lebende Migranten und Migrantinnen genauer herauszuarbeiten.

Nur ein Bruchteil der Deutschen lebt in inter-ethnischen Partnerschaften

Wie zahlreiche Studien belegen, steigt die Wahrscheinlichkeit, einen einheimischen Partner kennenzulernen, je niedriger das Alter bei Einwanderung und je länger die Aufenthaltsdauer des Migranten ist. Im Vergleich zwischen verschiedenen Einwanderergenerationen sind demnach inter-ethnische Partnerschaften in der Nachfolgegeneration wahrscheinlicher als in der ersten Generation. Relevante Entscheidungsfaktoren für die Partnerwahl sind neben persönlichen Präferenzen und dem Einfluss Dritter vor allem strukturelle Merkmale des Heiratsmarktes. Dabei sind besonders die Vielfalt der Herkunftsländer im Zuwanderungsland, die Gruppengröße und das Geschlechterverhältnis innerhalb der eigenen ethnischen Gruppe ausschlaggebend. So treten inter-ethnische Partnerschaften mit höherer Wahrscheinlichkeit auf, je kleiner die ethnische Gruppe und je ungleicher die Geschlechterver-

¹ Siehe unter anderen Kalmijn, M.: Intermarriage and Homogamy: Causes, Patterns, Trends. In: Annual Review of Sociology, Vol. 24, 1998, 395–421.

teilung innerhalb der Gruppe ist. Im Umkehrschluss sinkt die Wahrscheinlichkeit, einen einheimischen Partner zu heiraten, für Mitglieder großer ethnischer Gruppen, da mit der Gruppengröße die Möglichkeiten zunehmen, innerhalb der eigenen Gruppe einen geeigneten Partner zu finden. In Bezug auf Deutschland gilt dies insbesondere für die türkisch-stämmige Bevölkerung (Tabelle 1).

Nach Informationen des SOEP lebten 2005 rund 60 Prozent und damit der Großteil der Einheimischen in deutsch-deutschen Partnerschaften.² Lediglich 3,6 Prozent der deutschen Männer und nur 2,8 Prozent der deutschen Frauen leben in inter-ethnischen Beziehungen. In der kleineren Gruppe der Migrantenbevölkerung liegt der Anteil der Beziehungen mit deutschen Partnern hingegen deutlich darüber: 15,4 Prozent der Migranten und 17,8 Prozent der Migrantinnen leben demzufolge in einem Haushalt mit einem deutschen Partner.³

Differenziert man die Migrantenbevölkerung nach dem Herkunftsland – speziell nach den Herkunftsländern der Gastarbeiteranwerbung der 50er bis 70er Jahre (Türkei, ehemaliges Jugoslawien, Italien) –, so zeigen sich deutliche Unterschiede in der Partnerwahl. Demnach leben türkisch-stämmige Männer und Frauen – mit einem Anteil von rund 22,2 Prozent an der Migrantenbevölkerung die größte nicht deutsche, ethnische Gruppe – am seltensten in inter-ethnischen Partnerschaften: Lediglich 4,0 Prozent der Männer und 3,4 Prozent der Frauen mit türkischen Wurzeln leben in Beziehungen mit Deutschen. Im Gegensatz dazu leben insbesondere italienische Männer (21,0 Prozent) und Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien (11,9 Prozent) häufig mit Deutschen zusammen.⁴ Deutsche Männer geben am häufigsten an, mit Frauen aus Österreich (12,4 Prozent), Rumänien (9,4 Prozent), Tschechien (8,5 Prozent), Polen (8,2 Prozent) oder Russland (7,8 Prozent) liiert zu sein, deutsche Frauen dagegen mit Männern aus Österreich (14,2 Prozent), Italien (10,9 Prozent), Polen (8,6 Prozent) oder Großbritannien (8,2 Prozent).

² Da die später relevanten Persönlichkeitsmerkmale nur für 2005 verfügbar sind, wird dieses Jahr als Grundlage für alle aufgeführten Statistiken genommen. Dies gewährleistet ein einheitliches Design der Informationen.

³ Alle Angaben sind gewichtet und beziehen sich auf Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren.

⁴ Diese Zahlen decken sich weitgehend mit denen des Mikrozensus 2005, siehe Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Der Mikrozensus im Schnittpunkt von Geschlecht und Migration – Möglichkeiten und Grenzen einer sekundär-analytischen Auswertung des Mikrozensus 2005. Universität Bremen/Arbeitsbereich Interkulturelle Bildung in Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, Forschungsreihe Band 4, 49; oder Schroedter, J.: Binationale Ehen in Deutschland. In: Wirtschaft und Statistik 4/2006, Wiesbaden.

Tabelle 1

Familienstand und Partnerschaftstyp

Anteile in Prozent

	Single	Partner deutsch	Partner Migrant
Männer¹			
Deutscher	35,9	60,6	3,6
Migrant	32,4	15,4	52,2
<i>Darunter aus</i>			
Türkei	17,2	4,0	78,7
Ehemaliges Jugoslawien ²	30,8	12,5	56,7
Italien	40,3	21,0	38,7
Frauen¹			
Deutsche	34,9	62,3	2,8
Migrantin	32,1	17,8	50,1
<i>Darunter aus</i>			
Türkei	16,6	3,4	80,0
Ehemaliges Jugoslawien ²	31,0	11,9	57,1
Italien	40,6	8,7	50,7

¹ Personen zwischen 20 und 65 Jahren, gewichtete Zahlen.

² Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Slowenien und Kosovo-Albanien.

Quellen: SOEP (2005); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Türkisch-stämmige Frauen und Männer leben besonders selten mit deutschen Partnern zusammen, dagegen hat jeder fünfte italienisch-stämmige Mann eine deutsche Partnerin.

Die zweite Generation lebt häufiger mit einem einheimischen Partner als die erste

Berücksichtigt man Unterschiede zwischen der ersten und der folgenden Einwanderergeneration – und somit die soziale Integration über die Zeit –, wird für die meisten Migranten und Migrantinnen eine Tendenz zu mehr inter-ethnischen Partnerschaften in späteren Generationen erkennbar (Tabelle 2). So ist der Anteil inter-ethnischer Partnerschaften für Personen in der zweiten Generation, insbesondere für türkisch-stämmige Migranten, mehr als doppelt so hoch wie in der ersten.

Mitglieder der zweiten Einwanderergeneration sind meist bedeutend jünger als die der ersten Generation – Männer im Durchschnitt 12 Jahre, Frauen sogar 13 Jahre. Sie leben zum Großteil nicht mit einem Partner zusammen.

Berücksichtigt man nur Personen in Partnerschaften, wird der Unterschied zwischen den Generationen noch deutlicher. So leben beispielsweise in der zweiten Generation der Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien 30,7 Prozent der Männer und sogar 42,7 Prozent der Frauen in inter-ethnischen Partnerschaften. In der ersten Generation beträgt dieser Anteil lediglich 17,5 Prozent bei den Männern und 15,7 Prozent bei den Frauen.

Wichtige Begriffe im Überblick

Migrantenstatus

Eine Person wird als *Migrant* bezeichnet, wenn sie nicht in Deutschland geboren wurde, nicht die Deutsche Staatsbürgerschaft besitzt oder mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren wurde oder nicht deutscher Staatsbürger ist. Diese Definition ist sehr umfassend und orientiert sich an der Unterscheidung nach Personen *mit und ohne Migrationshintergrund*, wie sie seit 2005 im Mikrozensus vorgenommen wird. Sie erfasst auch Aussiedler als Teil der Migrantenpopulation.

Deutsche/Einheimische

Als *Deutsche* oder *Einheimische* werden Personen bezeichnet, die in Deutschland geboren wurden, die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und deren beide Elternteile in Deutschland geboren wurden und deutsche Staatsbürger sind.

Migrantengeneration

Zur *ersten Generation* werden Personen gezählt, die nicht in Deutschland geboren sind – unabhängig vom Alter bei der Einwanderung. Zur *Nachfolgegeneration* oder *zweiten Generation* gehören Personen, die in Deutschland geboren wurden, jedoch nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen oder deren Eltern nicht in Deutschland geboren wurden oder keine deutschen Staatsbürger sind.

Partnerschaft

Partnerschaft orientiert sich am partnerschaftlichen Zusammenleben zweier Personen unterschiedlichen Geschlechts in einem Haushalt. Diese Definition umfasst auch nicht verheiratete Paare.

Inter-ethnische und intra-ethnische Partnerschaft

Als *inter-ethnische Partnerschaft* werden hier ausschließlich Partnerschaften zwischen Migranten und Einheimischen bezeichnet. Partnerschaften innerhalb der Gruppe der Migranten, zum Beispiel zwischen zwei türkisch-stämmigen Migranten oder einem polnischen

Mann und einer ukrainischen Frau, werden als *intra-ethnische Partnerschaften* bezeichnet, obgleich die Personen unterschiedliche ethnische Wurzeln haben können. Deutsch-deutsche Partnerschaften werden ebenso unter der Bezeichnung *intra-ethnisch* geführt.

Datengrundlage

Das Sozio-Oekonomische Panel (SOEP) ist eine jährliche repräsentative Wiederholungsbefragung von Einheimischen und Migranten, die vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung durchgeführt wird. Die Stichprobe umfasste im Erhebungsjahr 2008 fast 11 000 Haushalte mit mehr als 20 000 Personen. Die Befragung liefert seit 1984 für Westdeutschland und seit 1990 für Ostdeutschland zahlreiche Informationen zu Themen wie Bildung, Einkommen, Lebenszufriedenheit, politischer Einstellung sowie für ausgewählte Jahre Informationen zu den wichtigsten Persönlichkeitsmerkmalen. Personen aus den ehemaligen Anwerbeländern wurden bei der ersten Welle des SOEP im Jahr 1984 überrepräsentiert, neue Zuwanderung ab den 90er Jahren – insbesondere die (Spät-)Aussiedler – wurde mittels einer neuen Stichprobe erfasst. Unterschieden im Ziehungsdesign und dem *Over-sampling* bestimmter Gruppen wird durch besondere Gewichtung der Daten Rechnung getragen.¹

Big-Five-Persönlichkeitsmerkmale

Der *Big-Five*-Ansatz bezeichnet ein psychologisches Konzept zur Erfassung der Persönlichkeit. Demzufolge lassen sich Persönlichkeitsunterschiede auf fünf zentrale Dimensionen zurückführen: Offenheit für Erfahrungen, Verträglichkeit, Gewissenhaftigkeit, Neurotizismus (emotionale Stabilität) und Extraversion. Diese Faktoren bilden die Basisstruktur für alle Persönlichkeitsausprägungen und bestimmen Persönlichkeitsunterschiede von Individuen, die sich in unterschiedlichen Verhaltens- und Erfahrungsweisen ausdrücken. Die *Big-Five* wurden im SOEP-Erhebungsjahr 2005 zum ersten Mal erhoben.

¹ Wagner, G. G., Frick, J. R., Schupp, J.: The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancement. In: Schmollers Jahrbuch, Journal of Applied Social Studies, Vol. 127(1), 2007, 139–169.

Migranten in inter-ethnischen Partnerschaften sind besser gebildet

Auf individueller Ebene gilt vor allem das Bildungsniveau als ausschlaggebender Faktor für das Zustandekommen inter-ethnischer Partner-

schaften. Grundsätzlich wird angenommen, dass Partner bevorzugt werden, die einen ähnlichen Bildungsstand haben. Höher gebildete Einwanderer sind des Weiteren aufgrund ihrer Bildung besser in der Lage, sich an die im Zuwanderungsland geltenden Gepflogenheiten anzupassen und mit

einheimischen potentiellen Partnern in Kontakt zu kommen.⁵ Hohe Bildung gilt in der Literatur folglich als treibender Faktor hinter inter-ethnischen Partnerschaften. Dies spiegelt sich auch in den Daten des SOEP.

Wie aus der Abbildung 1 hervorgeht, haben 22,6 Prozent der Migranten und 22,5 Prozent der Migrantinnen, die in inter-ethnischen Beziehungen leben, einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss, aber nur 14,8 Prozent der Migranten und 13,1 Prozent der Migrantinnen in intra-ethnischen Partnerschaften.

Auch bei deutschen Frauen ist der Anteil der Universitäts- und Fachhochschulabsolventen in inter-ethnischen Partnerschaften mit 25,7 Prozent deutlich höher als in Partnerschaften mit Deutschen (16,7 Prozent). Für deutsche Männer laufen die Bildungsunterschiede dagegen in umgekehrter Richtung: Nur 17,8 Prozent der deutschen Männer in Beziehungen mit Migrantinnen sind Absolventen einer Universität oder Fachhochschule, im Gegensatz zu 24,5 Prozent der Männer in deutsch-deutschen Partnerschaften. Insbesondere Migranten und Migrantinnen in inter-ethnischen Beziehungen sind also häufiger besser gebildet als Migranten und Migrantinnen in intra-ethnischen Partnerschaften. Für die einheimische Bevölkerung gilt diese Aussage nur für Frauen.

Inter-ethnisch lebende Migranten sind besser im Arbeitsmarkt positioniert

Ein ähnliches Muster zeigt sich bei der Erwerbsbeteiligung sowie der beruflichen Stellung nach der Herkunft des Partners. Demnach scheinen Migrantinnen, die inter-ethnisch leben, besonders gut in den deutschen Arbeitsmarkt integriert zu sein. 53,9 Prozent der Migrantinnen, die mit einem anderen Migranten leben, sind nicht erwerbstätig. Bei den Migrantinnen, die mit einem Einheimischen zusammenleben, sind es dagegen nur 46,5 Prozent. Bei den Männern zeigen sich kaum Unterschiede in der Arbeitsmarkt-beteiligung nach der Herkunft des Partners.

Des Weiteren gilt sowohl für Migranten als auch für Migrantinnen, dass die berufliche Stellung besser ist bei denen, die mit einheimischen Partnern zusammenleben. Wie Abbildung 2 zeigt, ist der Anteil der Migranten in Führungspositionen in der Gruppe derer, die in inter-ethnischen Bezie-

⁵ Bildungsbezogene Faktoren wie Anpassungsfähigkeit, Wegzug aus ethnischen Enklaven und die Präferenz für ähnliches Bildungsniveau werden beispielsweise eingehend untersucht von Furtado, D.: Human Capital and Interethnic Marriage Decision. IZA DP Nr. 1989, 2006.

Tabelle 2

Familienstand und Partnerschaftstyp von Migranten nach der Generation

Anteile in Prozent

	1. Generation			2. Generation		
	Single	Partner deutsch	Partner Migrant	Single	Partner deutsch	Partner Migrant
Männer¹						
Insgesamt	25,2	14,3	60,5	63,5	20,2	16,3
<i>Darunter aus</i>						
Türkei	9,0	3,0	88,0	54,0	8,9	37,1
Ehemaliges Jugoslawien ²	21,0	13,8	65,2	79,6	6,3	14,2
Italien	24,4	18,3	57,3	70,9	26,3	2,8
Frauen¹						
Insgesamt	25,3	18,0	56,7	62,2	17,1	20,8
<i>Darunter aus</i>						
Türkei	9,4	3,3	87,3	45,1	4,2	50,8
Ehemaliges Jugoslawien ²	22,3	12,2	65,5	76,5	10,0	13,4
Italien	20,0	7,7	72,3	71,2	10,3	18,5

¹ Personen zwischen 20 und 65 Jahren, gewichtete Zahlen.

² Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Slowenien und Kosovo-Albanien.

Quellen: SOEP (2005); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Migranten der zweiten Generation leben häufiger in inter-ethnischen Partnerschaften als ihre Elterngeneration. Wegen des geringen Durchschnittsalters gibt es unter ihnen noch einen hohen Anteil Singles.

hungen leben, mit 16,7 Prozent deutlich größer als bei Migranten, die mit einer Migrantin liiert sind (8,9 Prozent).⁶ Und auch für Migrantinnen ist der Anteil der Personen in Führungspositionen mit 6,8 Prozent in der Gruppe der inter-ethnisch lebenden Frauen mehr als doppelt so hoch wie für Migrantinnen in intra-ethnischen Partnerschaften (3,1 Prozent). Inter-ethnisch lebende Migranten und Migrantinnen nehmen folglich häufiger am Erwerbsleben teil und sind besser am Arbeitsmarkt positioniert als Migranten und Migrantinnen in intra-ethnischen Partnerschaften.

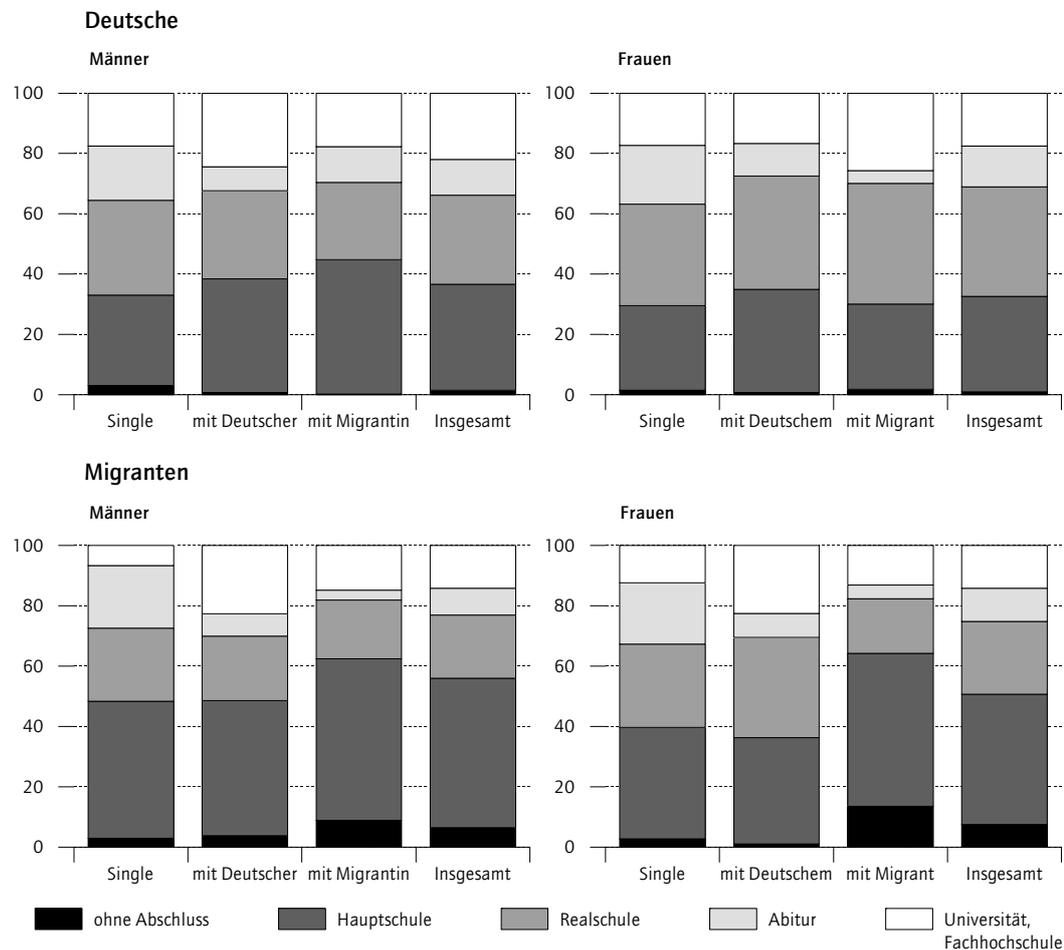
Bei den deutschen Partnern ist der Unterschied in der Arbeitsmarkt-beteiligung und der beruflichen Stellung weniger deutlich. So ist der Anteil der Erwerbstätigen bei Männern in deutsch-deutschen Beziehungen mit 79,8 Prozent zwar geringer als bei deutschen Männern in inter-ethnischen Partnerschaften (85,2 Prozent), variiert jedoch nicht signifikant für deutsche Frauen. Im Gegensatz zu der Migrantenbevölkerung ist zudem die berufliche Stellung von Einheimischen in inter-ethnischen Beziehungen deutlich schlechter als von Personen in deutsch-deutschen Partnerschaften. 16,2 Prozent der Männer in deutsch-deutschen Partnerschaften sind in Führungspositionen tätig, aber nur 8,7 Prozent der deutschen Männer in Beziehungen mit Migrantinnen. Des Weiteren sind nur 4,2 Prozent der deutschen Frauen, die

⁶ Nicht berücksichtigt werden hier Arbeitslose, Rentner und Personen, die sich noch in der Ausbildung befinden.

Abbildung 1

Familienstand¹ und Partnerschaftstyp nach dem höchsten Bildungsabschluss

Anteile in Prozent



¹ Personen zwischen 20 und 65 Jahren, nicht mehr in der Ausbildung, gewichtete Zahlen.

Quellen: SOEP (2005); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Migrantinnen und Migranten in inter-ethnischen Partnerschaften verfügen häufiger über höhere Bildungsabschlüsse und seltener über gar keinen Schulabschluss; für Deutsche lässt sich ein solcher Zusammenhang nicht feststellen.

mit einem Migranten liiert sind, in einer Position mit Führungsaufgaben tätig, im Gegensatz zu 6,7 Prozent der Frauen, die mit einem Deutschen leben. Somit nehmen deutsche Partner in inter-ethnischen Beziehungen eine schlechtere Position auf dem Arbeitsmarkt ein als Partner in deutsch-deutschen Beziehungen.

Die Unterschiede in der beruflichen Stellung spiegeln sich auch in den monatlichen Bruttolöhnen. So liegt das durchschnittliche Einkommen von Migranten in inter-ethnischen Beziehungen deutlich über dem von intra-ethnisch lebenden Migranten (Tabelle 3).⁷ Migranten in Partner-

schaften mit einheimischen Frauen verdienen folglich mehr als Migranten, die in Beziehungen mit Migrantinnen leben. Die Einkommen deutscher Männer in inter-ethnischen Partnerschaften liegen jedoch im Durchschnitt unter denen von Männern in deutsch-deutschen Beziehungen. Für deutsche Frauen und Migrantinnen variieren die Einkommen hingegen nicht signifikant mit der Herkunft des Partners.

Es ist also festzuhalten, dass Migranten und Migrantinnen in inter-ethnischen Beziehun-

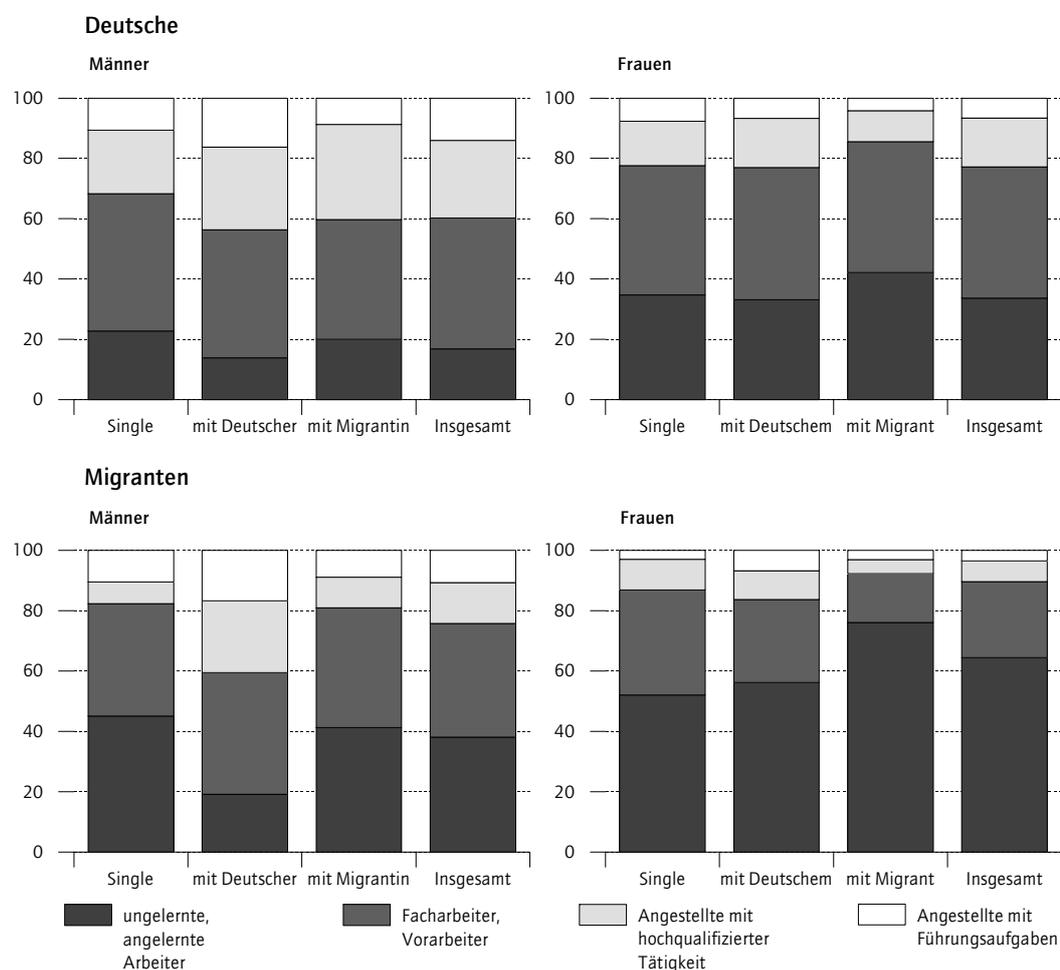
⁷ Einkommen aus selbständiger Tätigkeit. Berücksichtigt werden nur Personen, die aktiv am Arbeitsmarkt teilnehmen, das heißt Voll- oder Teilzeit beschäftigt oder geringfügig erwerbstätig sind. Nicht berücksichtigt werden Personen, die nicht erwerbstätig sind sowie Rentner, Auszubildende, Praktikanten und Zivildienstleistende.

⁷ Die Angaben beziehen sich auf die monatlichen Bruttolöhne aus abhängiger Beschäftigung. Sie beinhalten folglich keine Angaben zum

Abbildung 2

Familienstand¹ und Partnerschaftstyp nach der beruflichen Stellung

Anteile in Prozent



¹ Personen zwischen 20 und 65 Jahren, ohne Rentner, Auszubildende, Praktikanten, Zivildienstleistende und Erwerbslose, gewichtete Zahlen.

Quellen: SOEP (2005); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Besonders Migranten mit einer deutschen Partnerin sind im Beruf erfolgreicher, bekleiden deutlich häufiger Führungspositionen. Bei Migrantinnen ist dieser Zusammenhang weit weniger ausgeprägt.

gen besser gebildet sind, häufiger am Arbeitsmarkt teilnehmen, häufiger in Führungspositionen tätig sind und durchschnittlich mehr verdienen als Migranten und Migrantinnen in intra-ethnischen Partnerschaften. Man kann demzufolge von einer erfolgreichen ökonomischen Positionierung inter-ethnisch lebender Migranten und Migrantinnen sprechen. Für Einheimische lässt sich ein solcher Vorteil nicht ausmachen.

Die Frage, ob der einheimische Partner kausal für die bessere Stellung von inter-ethnisch lebenden Migranten und Migrantinnen verantwortlich ist, ist bislang offen. Vermutlich stellen inter-ethnisch lebenden Personen vielmehr eine besondere Untergruppe dar, die sich nicht nur in

ihrem Bildungsniveau und Arbeitseinsatz, sondern auch in anderen Charaktereigenschaften von Personen in intra-ethnischen Partnerschaften unterscheidet. Diese Charakteristika sind schwer zu beobachten und ebenso schwer zu messen, beeinflussen jedoch unter Umständen sowohl die Partnerwahl als auch den Erfolg am Arbeitsmarkt. Der deutsche Partner ist dabei gegebenenfalls lediglich ein Signal für andere Eigenschaften und Einstellungen.

Aufschluss über die unterschiedlichen Charakterzüge von Personen in inter-ethnischen Beziehungen sollen im Folgenden die Persönlichkeitsprägenden Eigenschaften geben, die im Rahmen des *Big-Five*-Ansatzes erfasst werden.

Persönlichkeitsprägende Eigenschaften – die Big Five

2005 wurden im Rahmen der repräsentativen Längsschnittstudie des Sozio-Oekonomischen Panels (SOEP) Daten zu persönlichen Eigenschaften, Einschätzungen und Gefühlen erholt.

Tabelle 3

Durchschnittliches Arbeitseinkommen nach dem Partnerschaftstyp

In Euro

Deutsche ¹		
Männer mit		
deutscher Partnerin	3 309	signifikant höher
Migrantin	2 839	
Frauen mit		
deutschem Partner	1 733	nicht signifikante Differenz
Migrant	1 618	
Migranten ¹		
Männer mit		
deutscher Partnerin	3 215	signifikant höher
Migrantin	2 721	
Frauen mit		
deutschem Partner	1 213	nicht signifikante Differenz
Migrant	1 227	

¹ Personen zwischen 20 und 65 Jahren, ohne Rentner, Auszubildende, Praktikanten, Zivildienstleistende und Erwerbslose, gewichtete Zahlen.

Quellen: SOEP(2005);
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Männliche Migranten in inter-ethnischen Partnerschaften verdienen deutlich mehr; bei deutschen Männern ist der Effekt dagegen umgekehrt.

Tabelle 4

Big Five Persönlichkeitseigenschaften

	Wichtigste Angaben ¹
Offenheit für Erfahrungen	Habe lebhaft Phantasie Bin originell, bringe neue Ideen ein Schätze künstlerische, ästhetische Erfahrungen
Extraversion	Bin kommunikativ, gesprächig Kann aus mir herausgehen, bin gesellig Bin zurückhaltend
Neurotizismus (emotionale Stabilität)	Werde leicht nervös Mache mir oft Sorgen Bin entspannt, kann gut mit Stress umgehen
Verträglichkeit	Gehe rücksichtsvoll u. freundlich mit anderen um Kann verzeihen Kann manchmal etwas grob zu anderen sein
Gewissenhaftigkeit	Arbeite gründlich Erledige Aufgaben wirksam und effizient Bin eher faul

¹ Antwortmöglichkeiten auf einer Skala von: 1 (trifft überhaupt nicht zu) bis 7 (trifft voll zu).

Quelle: Darstellung des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Die Persönlichkeitsmerkmale der Big Five setzen sich jeweils aus mehreren Einzelaussagen zusammen.

ben. Dieser Katalog umfasst Angaben zur eigenen Kommunikationsfähigkeit und Geselligkeit, zu Originalität und Phantasie, zur Arbeitseinstellung und der Einstellung zu Sorgen und Stress, zum Thema Zurückhaltung, dem freundlichen Umgang mit anderen, sowie zur Wertschätzung künstlerischer und ästhetischer Erfahrungen (Tabelle 4).⁸ Es handelt sich dabei um Selbsteinschätzungen, die sich in fünf große Persönlichkeitszüge, die sogenannten *Big Five*, zusammenfassen lassen. Dieses Konzept wird maßgeblich in der Psychologie und der Soziologie genutzt, um Persönlichkeitsstrukturen zu identifizieren und zu analysieren.

Dazu werden die verschiedenen Eigenschaften gebündelt und den folgenden fünf Dimensionen zugeordnet: *Gewissenhaftigkeit*, *Offenheit für Erfahrungen*, *Extraversion*, *Verträglichkeit* und *Neurotizismus* (emotionale Stabilität). Jeder dieser Charakterzüge setzt sich zusammen aus mehreren Einzelaussagen, die jeweils auf einer Skala von eins (Minimum) bis sieben (Maximum) gemessen und hier mittels einer Faktorenanalyse zu einem Gesamtwert pro Eigenschaft zusammengefasst werden.⁹

Migranten in inter-ethnischen Beziehungen offener für Erfahrungen – keine Unterschiede bei Deutschen

Deutsche in inter-ethnischen und intra-ethnischen Partnerschaften unterscheiden sich im Mittel nicht signifikant in Bezug auf ihre *Big-Five*-Charaktereigenschaften. So sind die Abweichungen in den Angaben deutscher Männer in Beziehungen mit Migrantinnen nicht statistisch signifikant verschieden von denen in deutsch-deutschen Partnerschaften, und auch deutsche Frauen zeigen keine statistisch signifikanten Unterschiede bezüglich der *Big-Five*-Eigenschaften (Tabelle 5).

Migranten und Migrantinnen in inter-ethnischen Beziehungen unterscheiden sich in ihrer Selbstwahrnehmung hingegen deutlich von Migranten und Migrantinnen, die in intra-ethnischen Partnerschaft leben. So schätzen sich diejenigen, die mit deutschen Partnern leben, im Durchschnitt als phantasievoller und origineller ein, halten sich somit insgesamt für *offener für Erfahrungen* als Migranten und Migrantinnen in intra-ethnischen

⁸ Weitere Informationen zur Befragung im SOEP und der Bestimmung der Variablen vgl. Gerlitz, J.-Y., Schupp, J.: Zur Erhebung der Big-Five-basierten Persönlichkeitsmerkmale im SOEP. Research Notes 4/2005, DIW Berlin.

⁹ Weitere Informationen zur Faktorenanalyse vgl. Überla, K.: Faktorenanalyse – Eine systematische Einführung für Psychologen, Mediziner, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler. 2. Auflage, Berlin und Heidelberg 1971.

Beziehungen. Ebenso weichen die Mittelwerte für *Extraversion* von Migrantinnen in inter-ethnischen und denen in intra-ethnischen Partnerschaften deutlich voneinander ab, auch diese Unterschiede sind statistisch signifikant. Inter-ethnisch lebende Migrantinnen schätzen sich somit als besonders kontaktfreudig und gesellig ein.

In Bezug auf *Gewissenhaftigkeit* und emotionale Stabilität (*Neurotizismus*) zeigen Migranten und Migrantinnen keine signifikanten Abweichungen nach der Herkunft des Partners. Bezüglich ihrer *Verträglichkeit* sind es dagegen vor allem Migranten in intra-ethnischen Partnerschaften, die sich als rücksichtsvoller und umgänglicher einschätzen als inter-ethnisch lebende Migranten. Für Migrantinnen zeigt sich kein signifikanter Unterschied in den Angaben zur *Verträglichkeit* nach der Herkunft des Partners.

Migranten mit deutschen Partnern politisch interessierter

Zusätzlich zu den *Big-Five*-Attributen erfasst das SOEP auch Angaben zur Risikofreudigkeit, politischem Interesse, der allgemeinen Lebenszufriedenheit und zu gefühlter Diskriminierung. Diese Angaben sollen zusätzlich helfen, ein genaueres Bild der Personen in inter-ethnischen Partnerschaften zu zeichnen.

Demzufolge unterscheiden sich Migranten und Migrantinnen nicht nur in ihren *Big-Five*-Angaben, sondern auch in ihren Aussagen zu diesen Aspekten. Migranten und Migrantinnen in inter-ethnischen Beziehungen schätzen sich selbst als risikofreudiger ein und zeigen durchschnittlich größeres Interesse am politischen Geschehen. Zudem fühlen sie sich seltener diskriminiert als Migranten und Migrantinnen in intra-ethnischen Partnerschaften. Keine signifikanten Unterschiede gibt es in Bezug auf die allgemeine Lebenszufriedenheit. Deutsche in inter-ethnischen Partnerschaften unterscheiden sich nicht von denen in deutsch-deutschen Beziehungen, weder in Bezug auf ihre Risikoeinstellung, ihre Lebenszufriedenheit noch in ihrem Interesse an politischen Themen.

Fazit

Die diesem Bericht zugrundeliegende Analyse zeigt, dass Migranten und Migrantinnen in inter-ethnischen Partnerschaften über ein höheres Maß an Bildung verfügen, häufiger am Arbeitsleben teilnehmen, häufiger in höher gestellten Berufsgruppen tätig sind und durchschnittlich besser verdienen als Migranten und Migrantin-

Tabelle 5

Persönlichkeitseigenschaften (Big Five) und ausgewählte weitere Eigenschaften von Migranten

	Differenz zwischen inter-ethnischen Partnerschaften und Migrantenpaaren ¹	
	Männer	Frauen
Big Five²		
Offenheit für Erfahrungen	positiv	positiv
Extraversion	–	positiv
Verträglichkeit	negativ	–
Neurotizismus (Emotionale Stabilität)	–	–
Gewissenhaftigkeit	–	–
Weitere Eigenschaften³		
Risikoeinstellung	positiv	positiv
Politisches Interesse	negativ	negativ
Lebenszufriedenheit	–	–
Gefühl von Diskriminierung (Anteile in Prozent)		
Mit deutschem Partner		
Häufig	3,1	6,0
Selten	26,2	28,7
Nie	70,7	65,3
Mit Migrantpartner		
Häufig	5,1	5,7
Selten	44,8	37,9
Nie	50,2	56,4

¹ Personen zwischen 20 und 65 Jahren, gewichtete Zahlen. Ausgewiesene Unterschiede sind statistisch signifikant.

² Mittelwerte aus einer Faktoranalyse.

³ Mittelwerte aus den jeweiligen Angaben.

Quellen: SOEP(2005); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Migrantinnen und Migranten in inter-ethnischen Partnerschaften bezeichnen sich selbst als offener und risikofreudiger; gleichzeitig fühlen Sie sich weniger häufig diskriminiert als Migranten in intra-ethnischen Partnerschaften.

nen in intra-ethnischen Partnerschaften. Darüber hinaus sind inter-ethnisch lebende Migranten und Migrantinnen nach eigenen Aussagen im Durchschnitt offener für Erfahrungen und besonders kommunikativ. Sie schätzen sich als risikofreudig ein und sind politisch interessiert. Inter-ethnische Beziehungen können folglich als Ausdruck gelungener sozialer und ökonomischer Integration in Deutschland gesehen werden.

Allerdings gehen inter-ethnische Partnerschaften nicht automatisch mit einer besseren ökonomischen Stellung und unterschiedlichen Persönlichkeitsmerkmalen einher, wie der Vergleich der deutschen Partner zeigt. Im Gegensatz zu Migranten und Migrantinnen sind Einheimische in inter-ethnischen Beziehungen nicht zwangsläufig besser auf dem deutschen Arbeitsmarkt positioniert als Einheimische in deutsch-deutschen Partnerschaften. Deutsche in Beziehungen mit Migranten und Migrantinnen nehmen zwar häufiger am Arbeitsleben teil, sind aber seltener in Führungspositionen tätig und verdienen durchschnittlich weniger als Personen in

deutsch-deutschen Beziehungen. Keine Unterschiede gibt es für Deutsche bei ihren Aussagen zu den Persönlichkeitsdimensionen der *Big-Five*, ihrer Risikoeinstellung und ihrer allgemeinen Lebenszufriedenheit.

JEL Classification:
J12, J15, J00

Keywords:
Intermarriage,
Big 5 Personality Traits,
Migration

Inter-ethnische Partnerschaften sind folglich vor allem für Migranten und Migrantinnen ein Indiz für erfolgreiche Integration und damit nicht zuletzt von großer Bedeutung für ein friedliches

Miteinander in Deutschland. Aus diesem Grund ist es wünschenswert, Bedingungen und Voraussetzungen zu schaffen, die Partnerschaften mit Einheimischen begünstigen. Dazu gehört in erster Linie bessere Bildung. Ebenso essentiell ist es, Offenheit auch von der deutschen Bevölkerung zu fordern und Strukturen zu schaffen, die zu mehr Akzeptanz und Toleranz führen. Es gilt, beidseitig Barrieren abzubauen, kulturelle Vielfalt zuzulassen und gesamtgesellschaftlich zu fördern.

Weekly Report DIW Berlin

No. 5/2010, January 21, 2010

**Energy and Climate Policy:
USA Continues to Trail Behind, Despite Positive Change**

Wolf-Peter Schill, Jochen Diekmann, Claudia Kemfert

In the course of current climate negotiations, the world is watching the United States in particular. Together with China, the U.S. is by far the largest emitter of greenhouse gases. Real progress in protecting the global climate requires substantial action on America's part. The U.S. has the potential to significantly reduce emissions. Per capita energy consumption in the U.S. is still about twice that of Europe. An assessment of current energy and climate policies in America is disillusioning. So far, federal and state measures have had only limited success—both in terms of increasing energy efficiency and in the use of renewable energy. While some regional initiatives are promising—for example, the establishment of renewable portfolio standards, or emissions trading schemes in the Northeast and West of the country—they ultimately lack sufficient ambition and scope. Proposals currently under debate in Congress for a national energy and climate protection law are highly contested, even though they do not set particularly demanding goals for reducing emissions in the medium term. Against this backdrop, the U.S. cannot be expected to catch up anytime soon in the area of climate protection.

Weekly Report DIW Berlin

No. 6/2010, February 3, 2010

Building Sector: Stimulus Packages Make an Impact

Martin Gornig, Sebastian Weber

The sharp slump of the German economy has left its mark on the building sector. Commercial construction has been especially affected by the significant decline in companies' propensity to invest—triggered by the macroeconomic downturn. However, due to the stable development of real wages and the overall labour market as well as targeted supporting programmes, the recession has more or less bypassed residential construction. Public sector construction even increased in 2009, most notably during the later half of the year when the effects of the second stimulus package came into force. Nevertheless, due to idle capacities in commercial construction, only moderate price increases are to be expected. Overall—and in real terms—, 2009 will see little change in German construction volumes compared to the previous year. In 2010, stimulus packages will encourage a noticeable recovery, which—in turn—will have a positive effect on the country's overall economy. All in all, construction volumes are expected to grow by more than two per cent (adjusted for price) in 2010 and the main construction industry will profit disproportionately. From an economic point of view, the investment programmes thus meet their intended goal: stabilisation of the construction sector.

Weekly Report DIW Berlin

No. 7/2010, February 26, 2010

Women Still Greatly Underrepresented on the Top Boards of Large Companies

Elke Holst, Anita Wiemer

Executive and supervisory boards of large companies in Germany are still dominated by men—to an extraordinary degree. Only 2.5% of all executive board members in the 200 largest companies (not including the financial sector) are women, and only 10% of all seats on supervisory boards are occupied by women. The situation in the financial sector is similar: in the 100 largest banks, 2.6% of all executive board members are women, and in the 62 largest insurance companies, 2.8% of executive board members are women. The percentage of women on financial sector supervisory boards is higher than their percentage in the top 200 companies: 16.8% in banks and savings banks, and 12.4% in insurance companies. In total, about three-quarters of women with a seat on a supervisory board are appointed by employee representation bodies and therefore have their seat as a result of employee codetermination practices. Aside from a few positive examples, the situation on both types of management boards has hardly changed at all in the last few years. It remains to be seen whether the plan to gradually increase the number of women in management positions, as agreed upon in the German government's 2009 Coalition Agreement, will have more success than the voluntary commitments made by Germany's top business associations in their 2001 agreement with the German government. The implementation of the latter initiative private-sector companies can be considered a failure given the virtually unchanged gender composition of top management in large private-sector companies.

Weekly Report DIW Berlin

No. 8/2010, March 5, 2010

Old-Age Pension Entitlements Mitigate Inequality— But Concentration of Wealth Remains High

Joachim R. Frick, Markus M. Grabka

Entitlements from old-age pension schemes—statutory, company, and private—represent a considerable source of wealth. For data-related reasons, analyses of the personal wealth distribution have so far failed to take this into account, however. According to recent calculations based on the 2007 data of the German Socio-Economic Panel (SOEP), the present value of total pension and state annuity entitlements (not including entitlements to provision for dependants) amounted to roughly 4.6 trillion euros. This corresponds to an average of 67,000 euros per adult. When this is combined with individuals' financial and material assets, which amount to an average of 88,000 euros, the result is a more comprehensive total net worth of more than 155,000 euros. Civil servants and retired civil servants fare better than average if this larger view is taken. This more comprehensive measurement shows considerably less inequality of wealth than traditional analyses, which refer only to financial and material assets. This is not least because of the very widespread existence of entitlements under the various old-age pension schemes with simultaneous capping based on the contribution assessment threshold for statutory pension schemes. Nevertheless, wealth continues to be highly concentrated, and the mitigating effects of old-age pension assets will likely become less important in the future. Here the effects of falling pension levels as a result of reforms in the old-age pension systems and growing gaps in earnings histories will be felt—with the risk of increasing poverty among the future elderly.

Veranstaltungen des DIW Berlin

DIW Berlin, IZA Bonn, OECD Berlin Centre and CEPR London are pleased to invite you to the next Berlin Lunchtime Meeting

Mark Pearson, Ph.D.
Head of the OECD Health Division

Measuring Performance in the Health Sector What do international comparisons tell us?

Comment: Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke
Institute for Economics and Economic Law, Technical University Berlin

Wednesday, 24 March 2010, 12 to 1 pm, followed by a buffet lunch

DIW Berlin, Mohrenstr. 58, 10117 Berlin
Schumpeter Hall, First Floor

Chair: Heino von Meyer, Head, OECD Berlin Centre

The health sector is one of the most important sectors of the economy, already exceeding manufacturing industry in size in a few countries. During the economic crisis it has been one of the few areas of economic expansion and has continued to be a source of jobs growth. But to most economists, it is a 'black box', little understood, only partially open to market forces, often subject to direct 'command and control' by the public sector. Nearly all economic aspects of the health sector appear to be different from those of the rest of the economy, a peculiarity perhaps most typified by the fact that new technologies in the health sector generally *increase* costs rather than reducing them. With public budgets under pressure, it is necessary to ask whether we are ensuring value for money in our health systems. The OECD collects a broad range of comparative data on the health systems of their member countries which can be used to compare health care performance internationally.

Mark Pearson is head of the OECD Health Division in Paris and is responsible for work measuring health performance. Prior to this, he directed the OECD's work on social policy and worked as an economist on tax policy. He has held senior positions at the Institute for Fiscal Studies, London, and taught at Oxford and London Universities.

Klaus-Dirk Henke is professor for public finance and health economics at the Technical University Berlin. He is and has been member of various advisory bodies in Germany, including the advisory board to the German Ministry of Finance and the advisory board for the concerted action in health care in Germany. From 1989 to 1991 he was the president of the European Health Care Management Association.

Registration is required. Please send an email to: events@diw.de. We look forward to your participation.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Lektorat

Karl Brenke
Ingrid Tucci

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805-19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Stabsabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(Kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier



Wasser: Das neue, alte Mega-Thema?

von Christian von Hirschhausen*

Es ist unbestreitbar: Auch in der Ökonomie gibt es Modethemen. Und es gibt Themen, die praktisch immer auf der Agenda stehen, die aber kaum greifbar werden. Gehört das Thema „Wasser“ dazu?

Unbestreitbar ist immerhin ja auch: Wasser ist ein ganz besonderer Saft, aus vielen Gründen: Es ist ein lebensnotwendiges Nahrungsmittel. Zahlreich sind die ökologischen Wechselwirkungen des Wassers. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind Netzwerkindustrien mit teilweise natürlichem Monopolcharakter. Es gibt enge Verknüpfungen zwischen technischen, ökonomischen und institutionellen Rahmenbedingungen. Und Wasser ist sehr eng mit Entwicklung und Nachhaltigkeit verbunden. Aber: Gibt es wirklich eine Trendwende von der Problematisierung des Themas in Richtung konstruktiver, bezahlbarer und lokal angepasster Antworten? Kritiker der derzeitigen Modewelle argumentieren, dass die Wasserproblematik zu jeder Zeit ein Mega-Thema ist, aber konkrete Lösungen zu spezifischen Fragen bisher zu kurz gekommen sind.

Dennoch läuft derzeit das Thema Wasser in Politik und Öffentlichkeit sozusagen über. Fünf konkrete Politikfelder lassen sich identifizieren, die die Beschäftigung mit dem Thema Wasser besonders aktuell machen:

- Der Klimawandel führt zu Wasserknappheit einerseits und erhöht Starkregenereignisse in einigen Regionen der Welt andererseits. Das Thema Wasser ist also untrennbar mit aktuellen Fragen des Klimawandels und der Entwicklung verknüpft.
- Auch als CO₂-arme, erneuerbare Energie ist Wasser wiederentdeckt worden. Bereits heute wird mit Wasser ein größerer Anteil erneuerbarer Energien produziert als mit allen andern Erneuerbaren gemeinsam, und dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen.
- Die Zwischenbilanz der Millenniumsziele, die bis zum Jahr 2015 erreicht werden sollten, fällt kritisch aus. So ist es nicht gelungen, den Anteil der Menschen um die Hälfte zu senken, welche keinen gesicherten Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen haben.
- Die Verhandlungen über ein integriertes Ressourcenmanagement in den Einzugsgebieten großer Flußsysteme (*river basins*) in Schwellen- und Entwicklungsländern stellen derzeit ein erhebliches Konfliktpotential dar. Stellvertretend seien hier die aktuellen Verhandlungen im Rahmen der *Nile Basin Initiative* genannt.
- Last but not least ist das Thema der Wasserpreise auch in Deutschland auf der politischen Agenda angekommen. Die Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom Februar 2010, dass Landeskartellbehörden anhand von Vergleichsverfahren den lokalen Versorgern Preisobergrenzen auferlegen können, dürfte die Diskussion über den wahren Preis des Wassers auch im wasserreichen Deutschland ankurbeln.

All dies zeigt: Wasser ist wesentlich mehr als ein nettes Modethema. Aber damit die zunehmenden Probleme rund ums Wasser gelöst werden, muss die Politik ernstmachen, lokal und global. Und die Wissenschaft hat auch noch offene Fragen des Mega-Themas anzugehen...

* Prof. Dr. Christian von Hirschhausen ist Forschungsdirektor am DIW Berlin und Professor an der TU Berlin.